1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 5. Oktober 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

RM-Poster zur Ausländerfeindlichkeit, Seite 6/7

Schauspieler Zur Selbstverständnisdebatte im Bundestag, Seite 9

Wahlprogramm der MAP/ML in Nicaragua, Seite 10

Musterknaben?

Bonn solle endlich aufhören, sich überall wie ein Musterknabe benehmen zu wollen. Das war die Quintessenz von F. J. Strauß Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung.

Er meint damit sicher keine Kritik an einer musterhaft imperialistischen Haltung wie den Einmischungen in Nahost oder sonstwo auf dieser weiten Welt.

Was er fordert, ist ein aggressiveres Auftreten, ist, damit aufzuhören, schönzureden und anders zu handeln, ist Tacheles zu reden. Und eben diese Art von Kritik ist wirklich mustergültig, sie wird sicherlich von all denen geteilt, für die Strauß selbst ein Musterknabe ist: Seien es nun Siemens, Flick, Quant oder wie sie sonst noch heißen mögen ...

Teufelswerk?

Das ist es, was jedenfalls der Polenpapst am Werk sieht. Und zwar auf Malta. Bigotte, Frömmler und Fanatiker aus ganz Europa gehen auf die Barrikaden wegen des kleinen Inselstaates.

Vergleicht man es mit den Zuständen in anderen Staaten, so ist das Vorgehen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Mintoff in der Tat schon fast revolutionär, nur: Was dort versucht wurde, war nichts anderes, als eigentlich seit der französischen Revolution eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Der Großgrundbesitz der Kirche sollte ebenso abgeschafft werden wie ihre Bereicherung am Schulwesen. International koordiniert, versucht die Reaktion dieses zu verhindern. Da kann man nur solidarisch sein ...

Noch 25 Tage Zeit ...

... bleibt allen, die Geld sparen und trotzdem etwas Gutes lesen wollen. Denn so lange gilt unser Angebot noch: RM-Abo zum halben Preis, 30 DM für ein ganzes, 15 DM für ein halbes Jahr! 14 Leute haben in den ersten zwei Wochen von diesem Billig-Angebot Gebrauch gemacht. Alle, die auch noch sparen wollen, sollten nicht bis zum letzten Tag warten, denn — billiger wird's nicht mehr!

Kommunalwahlen in NRW

Eine Wahl gegen rechts

Die Grünen als Wahlsieger

Das Gesamtergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am letzten Sonntag ist eindeutig: Zum ersten Mal seit 20 Jahren ist die CDU nicht mehr die stärkste Partei in den Städten, Kreisen und Gemeinden des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Im „Revier" fiel sie in einer Reihe von Großstädten unter die 30-Prozent-Marke. Während die FDP an der Ruhr ebenfalls aus fast allen Rathäusern verschwunden ist, zogen die Grünen überall ein.



Betrachtet man die Ergebnisse genauer, so kann man leicht sehen, daß die CDU in keiner großen Stadt dazugewinnen konnte. Im Ruhrgebiet fiel sie in Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Herne und Kamen bei Verlusten von mehr als 5 Prozent unter die 30er-Marke, in Dortmund und Duisburg blieb sie haarscharf darüber. Die FDP ist an der Ruhr nur noch in Unna vertreten, flog in Kamen, Schwerte, Bochum, Duisburg, Witten und Hattingen aus dem Rathaus, in allen anderen war sie bereits nicht mehr vertreten.

Auch in den Städten Südwestfalens verlor die CDU durch die Bank, schied die FDP aus fünf der neun Städte, in denen sie noch vertreten war, aus. Auch im Rheinland — wo die FDP weitaus besser abschnitt — verlor die CDU, so zum Beispiel jeweils die absolute Mehrheit in Bonn, Krefeld und Mönchengladbach. Im Münsterland hielten sich die Regierungsparteien noch am besten.

Bericht zur Friedensaktionswoche in Osthessen vom 22. —29. 9. 84

40 000 Menschen nahmen am vergangenen Samstag in Fulda an der Abschlußkundgebung zur Friedensaktionswoche teil. Das waren ohne Zweifel weniger als erwartet. Daher konnte auch das geplante Menschennetz, das verschiedene Militäreinrichtungen in Osthessen miteinander verbinden sollte, nur in Teilen verwirklicht werden. Ich will hier nicht ausführlich auf die Gründe für die relativ geringe Beteiligung eingehen. Ein Grund liegt sicher in der Halbherzigkeit, mit der einige „Unterstützer"gruppen nach Fulda mobilisiert haben. Und das hatte offenbar politische Gründe: Die Aktionswoche in Osthessen richtete sich nämlich nicht allgemein gegen die Stationierung von Raketen oder gegen Aufrüstung, sondern das aggressive Air-land-battle-Konzept der USA und die konkreten Kriegsvorbereitungen in der Region standen im Brennpunkt.



Fortsetzung auf Seite 11

Mitterand lieferte aus

Massive Proteste im Baskenland

Die Auslieferung dreier ETA-Mitglieder durch die Pariser Regierung an Spanien stellt in der Tat eine Neuheit dar: Es ist das erste Mal, daß ein spanisches Auslieferungsbegehren akzeptiert wurde. Das alles wird durch wortreiche Erklärungen über die spanische Demokratie versucht etwas zu beschönigen, aber Tatsache bleibt, daß dies ein neuer Schritt ist.

Schon lange gab es Diskussionen und Sorgen um die sich anbahnende Zusammenarbeit der Regierungen in Paris und Madrid in der Baskenfrage. Was ein de Gaulle nicht machte, das macht jetzt ein Mitterand. Zusammenarbeit zweier sogenannter sozialistischer Regierungen, die beide im Inneren ihres Landes längst viel von dem Ansehen, das sie einst hatten, verloren haben — weil sie immer offener eine Politik zugunsten des großen Geldes machen.

Während also Leute wie der deutsche Nazi Kühnen sich in Paris tummeln können, Presseverlautbarungen abgeben und ihre viehische Mordhetze betreiben dürfen, dürfen „Terroristen" aus dem Baskenland in die Gefängnisse des Herrn Gonzalez wandern, so ist Mitterands Sympathie„verlagerung" kurz zusammenzufassen.

Tatsache ist, daß auch die Regierung Gonzalez nichts getan hat, um den grundlegenden Forderungen baskischer Bestrebungen entgegenzukommen, daß nur die allerauffälligsten Auswirkungen francistischer Unterdrückung abgeschafft wurden. Tatsache ist, daß es von daher für die Basken nach wie vor Gründe für den Kampf gibt, wie auch immer man im einzelnen zur ETA stehen mag. Deshalb ist dieser Schritt in aller Deutlichkeit als eine reaktionäre Allianz zu kennzeichnen, muß die Solidarität den Protesten dagegen gelten!

ÖTV-Tarifrunde: Keine Nullrunde?

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, auf Gewerkschaftsseite eindeutig von der ÖTV angeführt, wurden in der letzten Woche bekanntlich auf den 11. Oktober vertagt. Dann werde die Bundesregierung ein Angebot vorlegen. Seitdem schießen die Spekulationen ins Kraut, ob die Regierung von sich aus auf eine Nullrunde verzichten werde.

Obwohl aus der Auseinandersetzung durch die kurzfristige Veränderung der ÖTV-Forderungen an vielen Stellen Brisanz genommen worden ist, (wobei die Reaktionen in verschiedenen Bereichen durchaus unterschiedlich sind), war diese Tarifrunde ja genau unter dem Gesichtspunkt eines erneuten „Verzichtsdiktats" der Regierung von politischem Interesse. Bei aller Spekulation, selbst wenn die Regierung, durch ihr wenig erfolgreiches Taktieren im Metallstreik gewarnt, kein offenes „Nullangebot" vorlegen sollte, muß es ihr im Prinzip doch gerade darum gehen, will sie ihre unsoziale Haushaltspolitik fortsetzen.

Das „Angebot", das diese Regierung am kommenden Donnerstag vorlegen wird, kann in jedem Falle nur zum Inhalt haben, daß weiter Opfer gebracht werden sollen fürs Kapital, für die Aufrüstung, und daß es ganz offensichtlich ein „Sonderopfer" für den öffentlichen Dienst geben soll — und gerade dieser Leitlinie muß der Kampf gelten.

Der Marsch hat begonnen ...

Der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik ist gestartet. Am Samstag ging es in München, am Montag in Westberlin bzw. Hamburg los. Für alle, die den Marsch in ihrer Stadt unterstützen wollen, hier noch einmal die nächsten Termine. (Wir werden über den Verlauf des Marsches im nächsten RM ausführlich berichten.)

Münster: 5.10.; Dortmund: 6./7.10.; Witten: 8.10.; Bochum, Gelsenkirchen, Essen: 8./9.10.; Oberhausen, Mülheim, Duisburg: 10.10.; Krefeld/Düsseldorf: 11.10.; Siegburg, Bonn, Erftkreis: 12.10.; Köln: 13.10.

Stuttgart: 5.10.; Mannheim/Heidelberg, Darmstadt: 6./7.10.; Wiesbaden: 8.10.; Marburg, Wetzlar: 10.10.; Kassel: 11.10., Bonn/Erftkreis: 12.10., Köln: 13.10.

Samstag, 13. Oktober in Köln

Aktionstag gegen Ausländerfeindlichkeit

Was findet statt?

9.30 Uhr Demonstration durch Köln-Ehrenfeld.

12.00 Uhr Kundgebung auf dem Roncalli-Platz am Dom.

14.30 Uhr bis 18.00 Uhr Veranstaltung..

18.00 Uhr Kulturprogramm in der Kölner Sporthalle.



Demonstration am vergangenen Samstag in Schondorf (Baden-Württemberg). Der Protest galt dem zweiten „Raketenunfall" im Rems-Murr-Kreis innerhalb von drei Jahren. Diese Art der „Abrüstung" der US-Army war weder im Sinne der Bevölkerung noch der Aktivsten der Friedensbewegung. „Sie bedrohen Leben — schon vor dem Krieg" war eine der Losungen...

Eine Wahl gegen rechts

Fortsetzung von Seite 1

Insgesamt erhöhte die SPD in den 54 Kreisen und kreisfreien Städten NRWs die Zahl ihrer absoluten Mehrheiten um 3 auf 16, die CDU sank um 6 auf 19. Die FDP verlor über ein Drittel ihrer bisher 43 Vertretungen in diesen 54 Wahlbereichen.

In einigen Städten konnte die SPD sogar noch dazugewinnen, wie in Oberhausen und Duisburg, in Hamm und Hagen den lautstark berufenen CDU-Sturm glatt abschlagen.

Durch die Bank vertreten — nach bisheriger Kenntnis — sind die Grünen, überall, wo sie kandidierten. Zwar haben sie nach wie vor ihre absoluten Hochburgen in Unibereichen, so die 15,5 Prozent in Münster oder gar über 20 Prozent in Bochum-Querenburg. Aber das ist längst nicht mehr das einzige Wählerreservoir. Nicht nur 12 Prozent in Witten oder 10,7 Prozent in Dortmund zeigen dies, sondern auch solche Teilergebnisse wie immerhin über 1000 Stimmen in Dortmund-Eving, wo die SPD wieder über 70 Prozent lag. Protestwähler aus allen Richtungen und viele Jungwähler sind davon das Hauptmerkmal. Das führt dazu, daß in einer Reihe von Ruhrgebietsstädten die von der Reaktion so sehr beschworene „rot-grüne Untergangskoalition" rein rechnerisch Zwei-Drittel-Mehrheiten hat.

Neben dem relativ gefestigten Abschneiden der SPD und den großen CDU-Verlusten zeigt auch die Festigkeit der DKP in jenen Städten, wo sie bereits vertreten war (Zugewinne überall, außer in Gladbeck), daß der neueste Wählerschub der Grünen wohl tatsächlich, wie die Wählerstromanalysen zeigen, aus den Reihen bisheriger Unionswähler kommen.

Ansonsten noch bemerkenswert: Der Einzug der Bunten Liste Oberhausener Demokraten ins Rathaus mit 6,7 Prozent der Stimmen. Auch andere solche Bündnisse in kleineren Städten waren erfolgreich. Man wird sehen müssen, was diese recht breiten politischen Bündnisse in der Praxis tragen können.

Was die Kandidatur revolutionärer Organisationen betrifft, so ist auch dieses Mal kein Fortschritt erkennbar. So kann man zwar lange rechnen, daß die 131 Stimmen für die KPD in Dortmund (entspricht 0,2 Prozent in den „besetzten" Wahlkreisen, in der Stadt insgesamt 0,05 Prozent) in einem Viertel der Wahlkreise im Vergleich zu bisherigen Wahlen ganz gut ist, aber eben nur in diesem Vergleich und nicht wirklich. Die Erfolge dieser Wahlkampagne liegen ausschließlich im Bereich der verstärkten Propaganda, die die Partei wesentlich breiter bekannt machten, auch zu einer Reihe von Debatten in für uns interessanten Kreisen führte (die meist dann doch mit der Wahl der Grünen endeten) und eine Reihe potentieller neuer Parteimitglieder. Keine Schadenfreude sollte auch über das Abschneiden der MLPD in Gelsenkirchen aufkommen, die sich trotz massivsten Kräfteeinsatzes in keinem anderen Rahmen bewegte. Wenn hier eine Tendenz zum Spott aufkommen mag, dann hat sich dies sicherlich ausschließlich die Führung der MLPD zuzuschreiben, die auf ihrem Weg zur Massenpartei (mal ist sie's schon, mal kurz davor) ihre Genossen zu einem ebenso penetranten wie politisch abseitigen Auftreten drändrängte.

Die Wahlen waren in ihrer Stoßrichtung, wie das Ergebnis zeigt, ziemlich deutlich gegen rechts.. Daß davon ausschließlich das reformistische Lager profitierte, zeigt, daß es noch ein weiter Weg ist, bis eine revolutionäre Politik wirklich Masseneinfluß gewinnt, der viel Arbeit und viel Überlegung kostet.

So wählte das Ruhrgebiet

In Klammern die Sitzverteilung – In magerer Schrift die Vergleichszahlen der letzten Kommunalwahl

Stadt/Kreis	Bet. in %	Gültig	SPD	%	CDU	%	FDP	%	Grüne *)	%	DKP	%
Bochum	64,5	198 273	109 184 (45)	55,1	56 791 (23)	28,6	3 777 (–)	1,9	18 530 (7)	9,3	903 (–)	0,5
	70,4	217 034	122 781 (44)	56.6	74 384 (27)	34.3	12 221 (4)	5.6	—	-	2 351 (–)	1,1
Bottrop	68,8	60 894	30 362 (30)	49,8	20 472 (20)	33,6	845 (–)	1,3	4 008 (4)	6,5	5 206 (5)	8,5
	74,3	64 564	32 519 (31)	50.4	23 967 (23)	37.1	1 868 (–)	2.9	1 537 (–)	2,4	4 673 (5)	7.2
Castrop-Rauxel	65,4	39 539	21 488 (29)	54,3	12 725 (17)	32,2	1 126 (–)	2,8	3 976 (5)	10,1	224 (–)	0,5
	71.2	43 066	24 114 (29)	56.0	15 973 (19)	37,1	2 342 (3)	5.4	—	-	637 (–)	1,5
Datteln	70,5	18 959	10 073 (25)	53,1	6 252 (15)	33,0	469 (–)	2,4	2 165 (5)	11,4	—	-
	75.0	19 315	9 663 (23)	50.0	7 059 (17)	36,5	668 (–)	3,5	1 925 (5)	10.0	—	-
Dorsten	64,1	34 213	13 108 (21)	38,7	15 957 (26)	47,1	1 643 (–)	4,8	3 023 (4)	8,9	178 (–)	0,5
	69.6	32 962	13 890 (22)	42.1	17 084 (26)	51.8	1 988 (3)	6.0	—	-	—	-
Dortmund	62,1	278 737	154 386 (48)	55,4	85 542 (26)	30,7	6 380 (–)	2,3	29 811 (9)	10,7	1 991 (–)	0,7
	66.8	304 613	174 610 (52)	57.3	104 469 (31)	34,3	14 129 (–)	4,6	8 686 (–)	2.9	2 636 (–)	0.9
Duisburg	57,0	227 872	130 731 (50)	57,8	68 058 (26)	30,1	5 997 (–)	2,7	19 371 (7)	8,6	—	-
	61,1	249 186	142 046 (48)	57.0	90 427 (31)	36,3	13 213 (4)	5.3	—	-	3 488 (–)	1,4
Essen	61,0	305 958	158 316 (45)	52,3	107 684 (31)	35,6	8 079 (–)	2,7	26 523 (7)	8,8	1 987 (–)	0,7
	67.5	341 645	184 834 (49)	54.1	130 928 (34)	38.3	16 507 (–)	4.8	5 391 (–)	1.6	3 761 (–)	1.1
Gelsenkirchen	60,6	133 816	78 621 (41)	58,8	38 704 (20)	28,9	1 980 (–)	1,5	12 567 (6)	9,4	1 545 (–)	1,6
	66.4	151 860	90 479 (43)	59.6	51 880 (24)	34,2	6 826 (–)	4,5	—	-	2 642 (–)	1,7
Gladbeck	69,0	41 231	22 766 (29)	55,2	12 195 (16)	29,6	668 (–)	1,6	2 824 (3)	6,8	2 778 (3)	6,7
	73.8	44 135	23 360 (28)	52.9	14 910 (18)	33.8	2 030 (–)	4.6	—	-	3 835 (5)	8.7
Haltern	75,2	18 417	5 089 (13)	27,6	8 800 (22)	47,8	322 (–)	1,7	1 932 (5)	10,5	—	-
	80.0	18 108	5 726 (16)	31,6	8 531 (24)	47.1	547 (–)	3.0	890 (–)	4.9	—	-
Hattingen	73,1	32 264	15 513 (26)	48,1	10 736 (18)	33,3	1 335 (–)	4,1	2 712 (4)	8,4	1 845 (3)	5,7
	76.8	33 901	16 757 (25)	49.4	12 975 (19)	38.3	2 376 (4)	7.0	—	-	1 793 (3)	5.3
Heiligenhaus	63,9	13 518	5 076 (15)	37,5	5 634 (16)	41,6	1 358 (4)	10,0	1 450 (4)	10,7	—	-
	68.7	14 046	6 040 (17)	43.0	6 582 (18)	46.9	1 424 (4)	10.1	—	-	—	-
Herne	56,5	79 721	45 086 (36)	56,5	22 351 (18)	28,0	893 (–)	1,1	6 955 (5)	8,7	435 (–)	0,5
	66.2	90 939	53 076 (36)	58.4	29 089 (20)	32.0	2 409 (–)	2.6	—	-	1 057 (–)	1,2
Herten	67,1	34 883	18 967 (29)	54,8	11 594 (18)	33,5	991 (–)	2,8	2 882 (4)	8,2	211 (–)	0,6
	71.8	36 068	19 810 (29)	54.9	13 836 (20)	38.4	1 832 (3)	5.1	—	-	590 (–)	1,6
Lünen	65,7	42 150	22 299 (28)	53,6	14 591 (18)	35,1	648 (–)	1,5	3 947 (5)	9,5	125	0,3
	72.3	45 309	25 107 (30)	55.4	18 029 (21)	39.8	1 836 (–)	4,1	—	-	337 (–)	0.7
Marl	67,1	44 787	23 612 (28)	52,7	14 385 (17)	32,1	1 694 (–)	3,7	4 944 (6)	11,0	152 (–)	0,3
	73.9	48 579	25 634 (28)	52.8	16 308 (18)	33.6	2 105 (–)	4.3	4 313 (5)	8.9	219 (–)	0.5
Moers	62,7	47 373	27 184 (36)	57,9	13 709 (18)	29,2	2 033 (–)	4,3	3 897 (5)	8,3	143 (–)	0,3
	67.3	48 952	28 213 (34)	57.6	15 964 (20)	32.6	4 018 (5)	8.2	—	-	312 (–)	0,6
Mülheim	66,5	91 769	46 826 (32)	51,0	28 700 (19)	31,3	4 307 (–)	4,7	11 509 (8)	12,5	427 (–)	0,5
	68.8	96 931	50 248 (32)	51.8	34 765 (23)	35.9	6 598 (4)	6.9	4 626 (–)	4.8	593 (–)	0.7
Oberhausen	59,2	101 194	60 005 (36)	59,3	31 501 (19)	31,1	2 924 (–)	2,9	6 736 (4)	6,7	—	-
	64.5	111 183	62 017 (36)	55.8	40 264 (23)	36.2	4 986 (–)	4.5	2 910 (–)	2.6	1 006 (–)	0.9
Oer-Erkenschw.	73,7	14 423	9 335 (27)	64,7	3 181 (8)	22,1	422 (–)	2,9	1 485 (4)	10,3	—	-
	78.7	15 031	10 022 (28)	66.7	3 877 (11)	25.8	730 (–)	4.9	—	-	—	-
Recklingh. Stadt	64,2	59 286	31 127 (32)	52,5	20 187 (21)	34,1	1 967 (–)	3,3	5 759 (6)	9,7	246 (–)	0,4
	71.7	65 842	34 239 (34)	52.0	24 842 (25)	37.7	3 181 (–)	4.8	3 038 (–)	4.6	515 (–)	0.8
Velbert		43 721	18 029 (22)	41,2	19 870 (25)	45,4	2 048 (–)	4,6	3 537 (4)	8,0	237 (–)	0,5
	72.0	46 101	20 759 (23)	45.0	22 374 (25)	48.5	2 514 (3)	5.5	—	-	454 (–)	1.0
Waltrop	70,8	15 005	8 073 (22)	53,8	5 104 (14)	34,0	681 (–)	4,5	1 147 (3)	7,6	—	-
	75.7	14 818	7 590 (21)	51.2	5 712 (16)	38.5	726 (–)	4.9	790 (2)	5.3	—	-
Witten	66,8	53 358	30 016 (35)	56,3	14 938 (17)	28,0	1 842 (–)	3,5	6 383 (7)	12,0	—	-
	75.4	59 513	35 176 (36)	59,1	18 831 (20)	31.6	3 036 (3)	5.1	2 308 (–)	3.9	162 (–)	0.3
Recklingh. Kreis	67,2	318 135	164 193 (43)	51,6	110 210 (28)	34,6	10 099 (–)	3,1	30 420 (8)	9,6	—	-
	73.0	334 374	178 278 (41)	53,3	131 151 (30)	39.2	18 105 (4)	5.4	—	-	6 179 (–)	1.8
Ennepe-Kreis	70,0	182 887	94 367 (40)	51,6	58 793 (24)	32,2	8 108 (–)	4,4	18 695 (7)	10,2	2 751 (–)	1,5
	76.0	193 844	104 910 (33)	54.1	70 923 (26)	36.6	14 343 (5)	7.9	—	-	3 376 (–)	[illegible]

*) = Grüne, zum Teil in Listenverbindungen

DED-Ausrichtung

Entwicklungspolitik fester an die Kandare

Die Bestrebungen des sogenannten Entwicklungshilfeministeriums gegenüber dem DED (Deutscher Entwicklungsdienst), die in der letzten Woche über alle Fernsehschirme gingen, sind eindeutig zu bewerten: Es geht um die Ausrichtung dieses Dienstes, um seine noch engere Anpassung an die Bonner Politik, die seit dem Amtsantritt des CSU-Ministers Warnke immer offener der Stützung reaktionärer Regimes gilt.

Natürlich: Warnke und sein Staatssekretär Köhler streiten eine solche Auslegung der Tatsachen rundweg ab. Glaubt man ihnen, so geht es lediglich darum, das Klima im DED zu demokratisieren, den „politischen Druck" auf zahlreiche Mitarbeiter wegzunehmen. Und dieser politische Druck, der kommt, laut Ministerium, wie sollte es anders sein, selbstverständlich von links, ist ein linkskonformistischer Druck, wie es Köhler sagte.

Ein Vorwurf, der ins ganze Bild der Bonner Regierung paßt. Überall an Schulen, in Gewerkschaften und Institutionen gibt es diesen Druck, glaubt man Kohls Mannen. Und erst recht im DED.

So wenig wie das insgesamt stimmt, in einer Gesellschaft, die sich stets als die demokratischste in Europa schlechthin feiern läßt, so wenig stimmt das beim DED. Was dahinter steckt, sind eine Reihe konkreter Auseinandersetzungen, wie sie es auch schon während der SPD-Regierungszeit gegeben hat.

Zum einen gibt es Widerstand innerhalb des DED, gegen Warnkes Politik der offenen Stützung von Reaktionären, gegen seinen Versuch, den „Dienst" zunehmend direkt zu politisieren, im Sinne Bonner Außenpolitik, versteht sich. Zum anderen handelt es sich um solche Frage wie der Ermordung des Tonio Pflaum durch reaktionäre Banden in Nicaragua, wo offensichtlich wird, daß eben diese Banden vom Ministerium gefördert und unterstützt werden.

Daß Entwicklungshelfer wenig „Spaß" daran haben, von den politischen Freunden ihres Ministeriums erschossen zu werden, leuchtet einem neutralen Beobachter wohl schnell ein.

Widerstand gibt es auch gegen Warnkes Erklärungen, natürlich müsse westdeutsche Entwicklungspolitik auch dafür sorgen, daß die westdeutsche Industrie bessere Absatzmöglichkeiten bekomme. Ein solch direktes Einspannen war bisher ungewohnt, obwohl es faktisch oft genug so abgelaufen ist.

All diese Widerstände und dabei auftauchende Frage, die gilt es für das reaktionäre Duo Warnke/Köhler auszuräumen, Protestmöglichkeiten abzuschaffen. Dazu dienen die in der vergangenen Woche vorgetragenen Angriffe, das soll durch Kritiken am Verwaltungsgebahren (an dem es sicherlich grundsätzlich sehr viel zu kritisieren gibt, nur aus einer ganz anderen Richtung als diese beiden Contrafreunde es tun) vertuscht werden. Dazu soll jetzt eine ganze „Reform" des Dienstes angeleiert werden, wobei wohl am Ende eine Werbeagentur für deutsche Monopole herauskommen soll.

ZK-Delegation in der SVR Albanien

Eine Delegation des Zentralkomitees unserer Partei, bestehend aus den Genossen Horst-Dieter Koch und Törk Hansen, war in der Zeit vom 18.—26. September zu Beratungen mit der Partei der Arbeit Albaniens in Tirana.

Für die Partei der Arbeit Albaniens nahmen u.a. die Genossen Foto Cami (Kandidat des Politbüros), Sophokles Lazri (Mitglied des ZK) und Agim Popa (Direktor der Auslandsabteilung beim ZK der PAA) teil.

Gegenstand der Beratungen war die Lage in beiden Ländern. Die Genossen Koch und Hansen berichteten über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik und Westberlin und gingen ausführlicher auf den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Friedensbewegung sowie auf die Aktivitäten der Partei in diesem Zusammenhang ein.

Die albanischen Genossen berichteten über die politisch-ideologische und wirtschaftliche Lage in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Die Delegation der KPD berichtete über die Diskussionen auf und die Ergebnisse des 5. Parteitages unserer Partei.

Auf Wunsch unserer Partei nahm die Diskussion jener Fragen, die im Zentrum der von unserer Partei geführten Sozialismus-Programm-Debatte stehen, den Hauptteil der Beratungen ein.

Zum Strauß-Besuch in Albanien unterstrichen die albanischen Genossen den rein touristischen Charakter des Besuchs, politische Verhandlungen seien nicht geführt worden.

Die Beratungen fanden in einer sehr offenen und freundschaftlichen Atmosphäre statt.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Beschlüsse zum verstärkten Eingreifen von KPD und KJD

Lehrstellen her — wir geben keine Ruhe mehr

Auf seiner Sitzung vom 8. und 9. September hat sich das Zentralkomitee unserer Partei mit der Lehrstellenkatastrophe 1984 beschäftigt und verschiedene Beschlüsse für ein verstärktes Eingreifen von KPD und KJD gefaßt. Wir veröffentlichen im folgenden einen überarbeiteten Text, der dem Zentralkomitee als Diskussions- und Beschlußvorlage diente.

Die Situation

• Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit konnten in diesem Jahr mehr als 65000 Jugendliche nicht in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden. Damit ergibt sich bereits aus der offiziellen Statistik die größte Lehrstellenkatastrophe der Nachkriegszeit. Noch nie blieben so viele Jugendliche unvermittelt wie in diesem Jahr.

• Das tatsächliche Ausmaß der Lehrstellenkatastrophe wird aber erst sichtbar, wenn die beim Arbeitsamt nicht registrierten Jugendlichen mitgezählt werden. 1. Ein Teil Jugendlicher sucht nicht über das Arbeitsamt, sondern auf eigene Faust einen Ausbildungsplatz, 2. ein Teil der arbeitslosen Jugendlichen wird „verschult" in Berufsvorbereitungsjahren oder anderen Formen. So daß nach Angaben von Ilse Brusis (DGB-Vorstand) — die beim Arbeitsamt nicht registrierten Jugendlichen mitgerechnet — 1984 tatsächlich über 200000 Ausbildungsplätze fehlen.

• Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren nähert sich damit immer mehr der 1,5-Millionen-Marke. Im Februar 1985 gab es bereits knapp 1,2 Millionen jugendliche Arbeitslose:

Nicht erfaßte Schulabgänger, arbeitslose junge Frauen, Drogenabhängige und Aussteiger	379.844
Jugendliche in Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes und im BVJ	69.500
Jugendliche im BGJ	85.400
Dunkelziffer nicht erfaßter ausländischer Jugendlicher	100.000
Jugendliche Arbeitslose zwischen 20 und 25 Jahren	364.304
	999.048
Offiziell registrierte Zahl Jugendlicher Arbeitsloser unter 20	189.922
Gesamtsumme	1.188.970

Die Jugend ist damit die von Arbeitslosigkeit am stärksten betroffene Gruppe der Gesellschaft.

Die Ursachen

Bundesregierung und Unternehmerverbände erklären, die Situation sei weniger dramatisch als allgemein angenommen. Auch 1984 werden Industrie, Handel und Handwerk neue Rekorde aufstellen und insgesamt mehr Ausbildungsplätze anbieten als je zuvor in der Nachkriegszeit. Was ist zu diesen Behauptungen zu sagen?

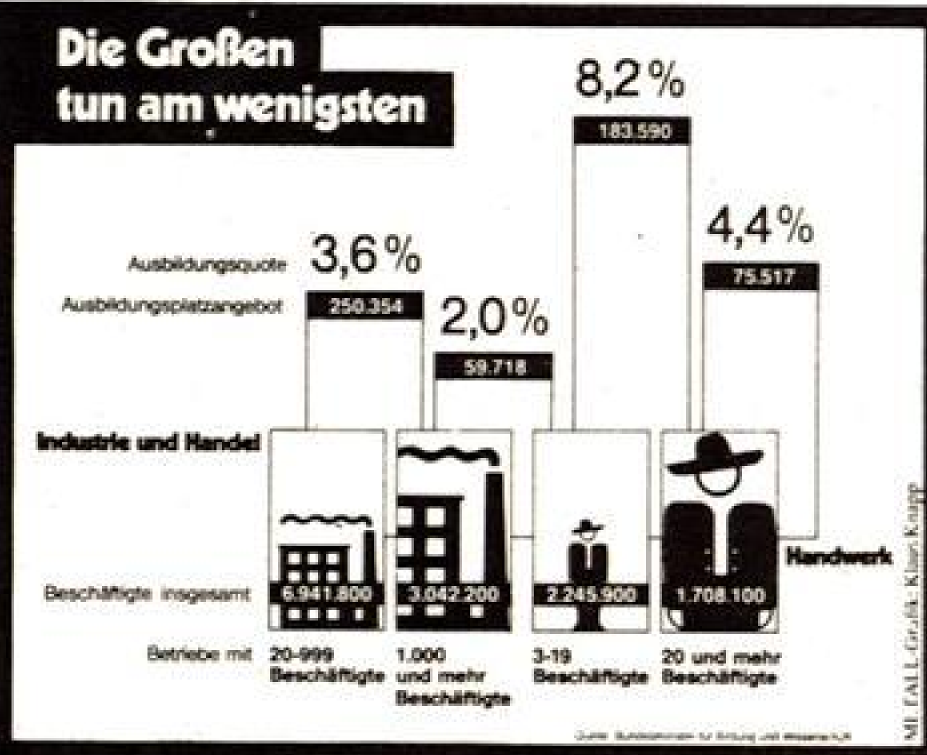
a) Wenn selbst nach der offiziellen stets unternehmerfreundlichen Statistik eine Lücke von 65000 Ausbildungsplätzen klafft, so ist dies schon Beweis genug dafür, daß dieses System nicht dazu in der Lage ist, der Jugend eine berufliche Ausbildung zu garantieren. Ein Wirtschaftssystem, das vorgibt sozial zu sein, muß doch wohl mindestens für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen, ja es muß mehr Lehrstellen als Nachfrage anbieten, damit von einer freien Wahl des Berufes, die es ja angeblich geben soll, überhaupt nur gesprochen werden kann.

b. Tatsächlich wurde die Zahl der angebotenen Lehrstellen gegenüber den Vorjahren erhöht. Doch dies läßt sich nur deshalb als Erfolg verkaufen, weil in den Jahren zuvor 400000 Lehrstellen vernichtet wurden. 677000 Ausbildungsplätze wie 1983 wurden vor 15 Jahren noch regelmäßig angeboten, obwohl nur 470000 Bewerber da waren, also 200000 Stellen unbesetzt blieben.

c. Mehr Ausbildungsplätze gib es im Handwerk und bei den freien Berufen. Hier beläuft sich die Steigerungsrate seit 1963 auf 62 Prozent. Gigantische Zahlen in Einzelberufen: Tischler 129,7 Prozent mehr, Bäcker 113,7 Prozent, Maurer 94,9 Prozent, Fleischer 83 Prozent... Die Handwerksbetriebe bilden zu 400 Prozent über Bedarf aus. Das heißt: hier werden Arbeitslose ausgebildet, die nach der Ausbildung mit ihrem Beruf noch nicht einmal etwas anfangen können, hier werden Jugendliche während der Ausbildung ausgebeutet, um so den Kleinbetrieben in der Krise die Existenz zu sichern.

d. Hier wird auch deutlich, warum so schnell das Jugendarbeitsschutzgesetz geändert werden mußte, warum es vom Handwerk stets als „ausbildungshemmend" bezeichnet wird. Das Mehr an Ausbildungsplätzen muß also auf der anderen Seite von den Jugendlichen hart bezahlt werden.

e. Die Industrie kommt im gleichen Zeitraum auf eine Steigerungsrate von nur 16 Prozent. Greift man aus den Industriebetrieben die Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten heraus, so zeigt sich hier, daß die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1979 sogar rückläufig ist. 1979 kamen diese Großbetriebe auf eine Ausbildungsquote von 4,8 Prozent, heute nur noch auf 2 Prozent.



Das heißt: die großen Konzerne, die Mächtigen in diesem Land, tragen die Hauptverantwortung für die Lehrstellenkatastrophe. Sie haben Ausbildungsplätze vernichtet, sie müssen dazu gezwungen werden, der Jugend ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine Ausbildungsquote von 10 Prozent, wie der DGB sie fordert, in der Industrie durchgesetzt, würde ein mehr von 688000 Ausbildungsplätzen zur Folge haben. Das heißt: jeder arbeitslose Jugendliche hätte eine Lehrstelle, die Zahl der im Handwerk lernenden könnte drastisch zu Gunsten einer qualifizierten Ausbildung im Großbetrieb gesenkt werden.

f. Schließlich muß auch noch erwähnt werden, daß in der Tat die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr besonders hoch ist. Sie beläuft sich auf rund 770000. Hierfür werden Land auf Land ab die Eltern, die damals angeblich zuviel und heute zuwenig Kinder zeugen, verantwortlich gemacht, was mehr als lächerlich ist, denn seit 15 Jahren ist bekannt, daß 1984 eben viele Jugendliche eine Lehrstelle brauchen. Interessant ist folgendes: 1. die Nachfrage stieg 1984 durch den Wegfall des Bafögs, d.h. mehr Abiturienten als sonst suchen eine Lehrstelle, 2. die in den vergangenen Jahren zur Verschönerung der Statistik verschulten arbeitslosen Jugendlichen, suchen jetzt und in den folgenden Jahren einen Ausbildungsplatz. So beißt sich die Katze in den Schwanz. So wird deutlich, daß die jetzige, aber auch die vorherige Bundesregierung nichts Wirkungsvolles zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit getan hat.

Unsere Forderungen

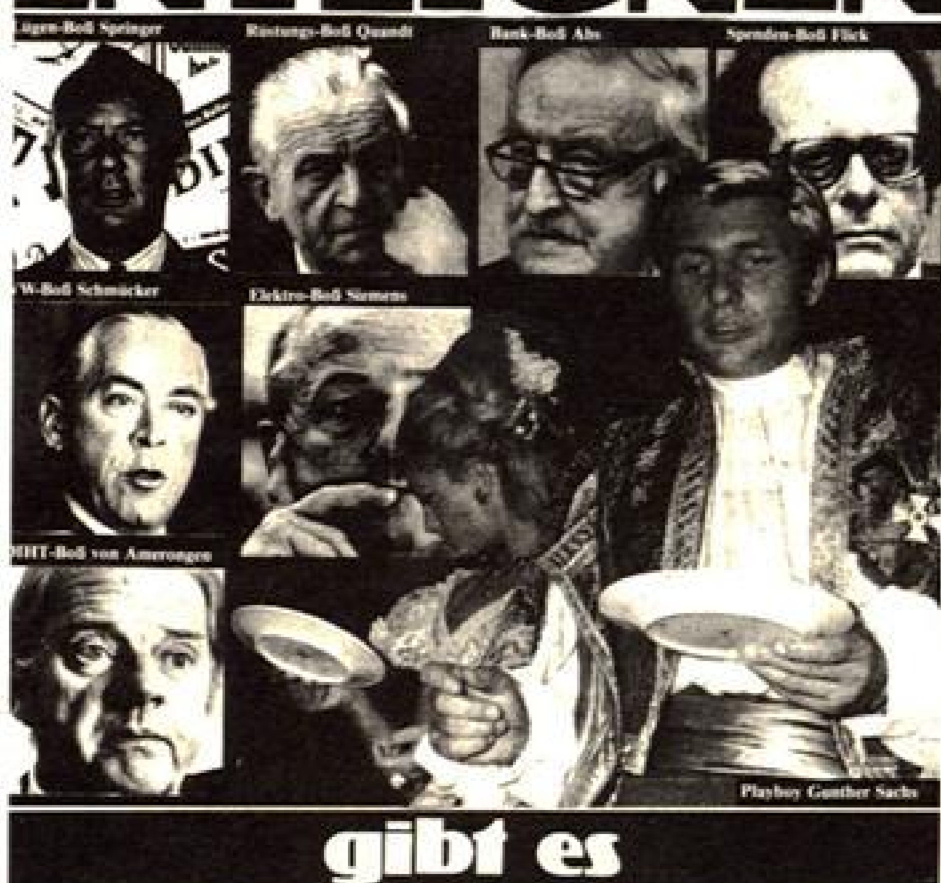
• Schaffung ausreichender Lehrstellen in den Großbetrieben. Gesetzliche Verpflichtung der Betriebe, daß mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze Lehrstellen sein müssen.

• Ausbildungsplatzabgabe für die Betriebe, die die Ausbildungsverpflichtung nicht erfüllen.

• Schaffung überbetrieblicher Ausbildungszentren für die Berufsausbildung im Handwerk.

• Verstaatlichung der Berufsausbildung (das heißt: So wie der Staat mit der Schulpflicht verpflichtet ist, jedem eine Schulausbildung zu garantieren, muß es auch mit der Berufsausbildung sein. Die Verfügungsgewalt über die Lehrstellen liegt allein beim Staat, er hat allen Schulabgängern eine Lehrstelle zu garantieren. Die Berufsausbildung findet in den Großbetrieben oder überbetrieblichen Ausbildungszentren statt).

• Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf.



Bestellen: Plakat der KJD

Wohl mindestens jeder zweite Lehrling wird nach der Berufsausbildung nicht in den Beruf übernommen. Im Handwerk liegt die Zahl noch wesentlich höher, was ein zusätzliches Argument für die Verlagerung der Ausbildung aus dem Handwerk in die Großbetriebe ist. Arbeitslos nach der Lehre heißt: ohne Cance auf einen Arbeitsplatz für die Männer — weil sie noch nicht beim Bund waren — ohne Geld, denn die Kürzungen beim Arbeitslosengeld haben dazu geführt, daß diese Jugendlichen nur noch 68 Prozent von der Hälfte des Lohnes bekommen, den sie bei der Übernahme in den Beruf erhalten hätten. Das ist in der Regel weniger, als die Ausbildungsvergütung, die sie zuvor bekamen.

Der DGB wies jetzt in einer Untersuchung darauf hin, daß in dieser Altersgruppe die Zahl der Sozialhilfeempfänger sprunghaft angestiegen ist. Empfingen 1969 knapp 50000 Jugendliche Sozialhilfe, so waren es 1980 schon über 200000.

Aktivitäten

Die Jugendarbeitslosigkeit — das derzeit größte Problem für die Jugend — hat bisher in der Praxis der KJD und der KPD einen viel zu geringen Stellenwert. Kommunistische Jugendarbeit muß die Lehrstellenkatastrophe als einen vorrangigen Punkt ihrer Arbeit begreifen. Für den weiteren Aufbau unseres Jugendverbandes ist es wichtig, den sozialen Problemen der Arbeiterjugend mehr Beachtung zu geben.

Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß eine politische Mobilisierung von Jugendlichen an der Frage der Arbeitslosigkeit derzeit schwierig ist. Besonders Schulabgänger und arbeitslose Jugendliche sehen wenig Möglichkeiten der kollektiven Gegenwehr. Während an der Frage der Übernahme in Großbetrieben in den letzten Jahren vermehrte Aktivitäten von Lehrlingen zu verzeichnen sind.

Partei und KJD werden zum politischen Schwerpunkt ihres Eingreifens die Forderung nach Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen in den Großbetrieben machen. Die Tatsache, daß die Größten am wenigsten tun, stößt in der Öffentlichkeit auf allgemeine Empörung und an dieser Forderung, gerichtet auf ausgewählte Zielbetriebe, sind vielfältige Aktivitäten möglich. Wobei uns bewußt ist, daß KPD und KJD derzeit kaum Initiator einer Lehrstellenbewegung sein können, bzw. unsere Aktivitäten noch nicht die Durchsetzung der Forderungen zum Ergebnis haben werden. Dennoch ist es notwendig — nicht nur zur Stärkung unseres Jugendverbandes — den Protest, durchaus auch aggressiven Protest, von Arbeitsjugendlichen gegen die Kapitalisten, die Reichen, die die Krise auf unsere Schultern wälzen, zu mobilisieren.

Beschlüsse

• Für den sofortigen Einsatz stehen zur Verfügung: Flugblatt und Plakat der KJD, Flugblatt der Partei, das auch als Druckvorlage für Betriebs- und Stadtteilzeitungen verwendet werden kann. Bitte bestellen.

• Für Anfang 1985 bereiten Partei und KJD verstärkte Aktivitäten vor, die sich auf die Bezirke Schleswig-Holstein, Hamburg, Weser-Ems, Ruhr, Rheinland und Baden-Württemberg konzentrieren sollen. In diesen Bezirken werden einzelne Zielbetriebe ausgesucht, an die die Forderung nach Schaffung von mehr Lehrstellen gerichtet wird, an denen Aktivitäten von innen und außen möglich sind.

Die Aktivitäten werden sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und sollen verschiedene Ebenen der politischen Arbeit berücksichtigen: Kontakte zu linken Betriebsräten und Gewerkschaftern, Kontakte zu Eltern, deren Kinder Lehrstellen suchen, Kontakte in die Haupt- und Realschulen, zu arbeitslosen Jugendlichen, anderen Jugendverbänden, Gewerkschaftsjugend, Schülervertretungen usw.

Besondere Berücksichtigung muß bei unseren Aktivitäten die Situation der Mädchen und der ausländischen Jugendlichen finden, die von der Jugendarbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind.

Wie im einzelnen die Aktivitäten in den Bezirken aussehen werden, muß in den nächsten Wochen zwischen Partei und Jugendverband abgeklärt und geplant werden. Ideen und Vorschläge von allen Genossinnen und Genossen sind dafür nicht nur erwünscht, sondern notwendig. Der Zeitpunkt Anfang 1985 wurde bewußt gewählt, weil zu dieser Zeit wieder das leidige Rennen um Lehrstellen voll ins Rennen kommt, hier also gute Möglichkeiten bestehen, die Schulabgänger der Haupt- und Realschulen anzusprechen.

LEERSTELLEN -DRAMA

2. Akt REALITÄT

3. Akt VERARSCHUNG

Bestellen: Flugblatt der KJD

Bericht eines Teilnehmers

Eine erfolgreiche Konferenz

Am Wochenende 22./23. September trafen sich in Frankfurt 130 bis 140 Kolleginnen und Kollegen, um den Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche auszuwerten und vor uns liegende Aufgaben bei der Umsetzung, sowie Probleme einer klassenkämpferisch orientierten Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren. Eingeladen hatte die Redaktion „Info 35", die während des ganzen Verlauf der Tarifrunde in 14tägigem Rhythmus ihr Materialblatt herausgegeben hat.

Unter den Teilnehmern waren Kolleginnen und Kollegen aus vielen wichtigen Groß- und Mittelbetrieben aus allen Regionen der BRD und aus Westberlin vertreten. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Konferenzen der Frankfurter Metaller war die Beteiligung noch mal erheblich größer, was sicherlich nicht zuletzt auf die Wirkung des „Info 35" im Verlauf der Tarifrunde zurückzuführen ist.

Eröffnet wurde die Konferenz mit einer knappen Darstellung des Inhalts der einzelnen Tarifverträge, die den meisten in den Einzelheiten gar nicht so genau vorlagen. Hier war (und ist) übrigens das Materialheft der neuen „RGO-Nachrichten" eine gute Hilfe.

Es wurde ein Überblick gegeben, welche Fragen jetzt in den Betriebsvereinbarungen geregelt werden müssen. (Alle Referate und das Protokoll der Konferenz, sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind übrigens zu beziehen über „Info 35, Thomas Kuchinke, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: (0611) 885006

Danach folgte ein Referat des Kollegen Jakob Moneta (ehemals Chefredakteur der „Metall"-Zeitung) zur politischen Einschätzung der Tarifbewegung.

Er ging darauf ein, daß wir als klassenkämpferische Gewerkschafter auf jeden Fall den Kampf für qualitative Forderungen, und eine solche ist die nach der 35-Stunden-Woche, in seiner Bedeutung hoch einschätzen müssen. Schon immer gab es hier besonders energischen Widerstand seitens des Kapitals. Wer, wie z. B. der BWK, solche qualitativen Forderungen ablehne und lediglich quantitative Forderungen formuliere, stelle sich ins Abseits. Kollege Moneta bekräftigte also noch mal, daß es völlig richtig war und ist, auch in der Krise so einen Kampf aufzunehmen.

Auf die Frage, ob eine andere Streiktaktik notwendig gewesen wäre, gab es ebenfalls eine klare Antwort: **Ja!** Den entscheidenden Fehler sah er darin, daß keine Urabstimmungen in den anderen Bezirken stattfanden und somit der Streik nicht ausgeweitet wurde. (Die Rede wird auch im Protokoll enthalten sein, wir wollen daher darauf verzichten, sie in ausführlicher Form wiederzugeben).

Nach drei weiteren betriebsbezogenen Erfahrungsberichten aus den Streikgebieten ging es dann in die Arbeitsgruppen.

Thema I. Umsetzung der Tarifverträge in den Betrieben.

Thema II: Streikerfahrungen, Streiktaktik und Aussperrung.

Thema III: Öffentlichkeitsarbeit, DGB, Solidarität.

Zwischendurch nutzten dann eine Reihe von Kollegen, die persönlich von politischen Entlassungen oder auch von Gewerkschaftsausschlüssen bedroht sind, die Gelegenheit, um ihren Fall darzustellen und auch um Solidarität zu werben. Auch in dieser Hinsicht zeigte sich, wie wichtig es ist, klassenkämpferische Gewerkschafter an einen Tisch zu bringen.

Joe Holmes, Vertreter der britischen Bergarbeitergewerkschaft berichtete am Sonntag morgen über den jüngsten Stand des Streiks sowie über ihre Entschlossenheit, noch weitere Monate durchzuhalten und die Regierung in die Knie zu zwingen.

Zusätzliche Berichte aus den Einzelgewerkschaften des DGB machten deutlich, wie halbherzig und teilweise verlogen die Solidarität einiger Gewerkschaftsvorstände in der BRD für die britischen Kollegen sind. So knüpfte z. B. die IG Bergbau und Energie ihre mickrige Spende von 20000 Mark an die Bedingung, daß der Vertreter der englischen Bergarbeiter nicht vor deutschen Kumpels spricht.

Interessant auch für die weiteren Diskussionen in der IGM war die Meinung von Joe Holmes, daß die westdeutschen Gewerkschaften die „Streikgeldfalle" (Strike - pay trape) durchschauen müßten, weil sie einmal dem Kapital ermögliche, die Gewerkschaften finanziell auszubluten (unter anderem durch die Aussperrung) und weil sie zweitens verhindere, daß die Mitglieder an der Basis autonom bestimmen, ob, wie und mit welcher Taktik gestreikt werden müsse. Das Streikgeld sei die Keule, die der Vorstand schwingen kann, um, wann immer es ihm angebracht scheint, den Kampf abzubrechen.

Zum Schluß der Konferenz, die sicherlich von der Zeit her sehr eingeengt war, wurden die Möglichkeiten und Perspektiven einer weiteren Zusammenarbeit diskutiert. Erfreulicherweise bestand Einigkeit darin, daß der inzwischen entstandene inhaltliche und praktische Zusammenhalt aufrecht erhalten und entwickelt werden soll.

Für Januar wird eine neue Konferenz geplant zur Frage der Umsetzung der Tarifverträge, der Vorbereitung auf 1986 (erneut für die 35-Stunden-Woche), der innergewerkschaftlichen Diskussion im Hinblick auf den Gewerkschaftstag, sowie gegebenenfalls zur ÖTV-Tarifrunde. Das Info soll bei Bedarf erneut erscheinen, eine Redaktion wurde gebildet. Insofern wurden praktische Schritte festgelegt, die eine weitergehende Zusammenarbeit von klassenkämpferischen Gewerkschaftern ermöglicht. Außerdem wurde eine Erklärung zur Mehrarbeit und Überstundenfrage verabschiedet, die die Betriebsräte dazu aufruft, Mehrarbeit und Sonderschichten abzulehnen und stattdessen Neueinstellungen fordert.

RGO-Nachrichten 4/84 Materialheft Tarifverträge Neu!

Das unentbehrliche Arbeitsheft für jeden aktiven Gewerkschafter. Gegenüberstellung der alten und neuen Tarifverträge von VW, NRW, Baden-Württemberg, NRW-Stahl, Druck, Holz und Kunststoff, Forderungen und Kommentare zu den Verträgen. Gesucht — gefunden mit dieser extra dicken Sonderausgabe der RGO-Nachrichten, zum Preis von ganzen 2,— DM.
Bestellungen an RGO, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.

RGO Nachrichten
Nr. 4, September 1984 1 H 5958 E Preis 2,—DM
Die neuen Tarifverträge und ihre Haken und Ösen!
Materialheft u. a. mit
Tarifvertrag VW alt/neu
Tarifvertrag NRW alt/neu
Tarifvertrag BaWü alt/neu
Tarifvertrag Stahl NRW alt/neu
Tarifvertrag Druck alt/neu
Tarifvertrag Holz/Kunststoff
Arbeitszeitvertrag Niederlande
Vermittlungsvorschlag Biedenkopf
Forderungen der IG Druck und Papier
Forderung des Bundesverbandes Druck
Forderungen der Metallarbeitgeber
Kommentar Druck Vertrag
Kommentar NRW-Vertrag
Kommentar Druck-Vertrag
Kommentar Stahl-Vertrag
Kommentar VW-Vertrag

RGO-Nachrichten Postfach 41 03 32 46 Dortmund 41

Bestellung eines Jahresabonnements der RGO-Nachrichten/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab .... 19.... die 2monatlich erscheinenden RGO-Nachrichten abonnieren.

Name

Vorname

Straße/Haus-Nr.

Wohnort

Ich bestelle:
- das Normalabonnement zum Preis von 10,— DM im Jahr
- das Förderabonnement zum Preis von 20,— DM im Jahr
- das Mitgliedsabonnement zum Preis von 30,— DM im Jahr

Die Abonnementsgebühren sind jährlich im voraus zu bezahlen. Ich zahle durch:

☐ Einziehungsauftrag ☐ Dauerauftrag ☐ Barzahlung/Einzelüberweisung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Dortmund, meine Abonnementsgebühren bis zu meinem schriftlichen Widerruf jeweils bei Fälligkeit zu Lasten meines unten angegebenen Kontos einzuziehen:

Bank-/Giro-/Postscheck-Konto-Nr. Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontoinhaber

Der Lastschrift auf meinem Konto kann ich innerhalb von sechs Wochen nach Ausführung bei meinem Geldinstitut widersprechen und die Rücküberweisung auf mein Konto veranlassen.

Ort/Datum Unterschrift

35 Stunden sind genug! IG DRUCK UND PAPIER

Neue Fusionsgespräche in der Stahlindustrie!

Vor dem Hintergrund des 1985 auslaufenden Subventionskodexes der EG finden offensichtlich z. Z. neue Gespräche zwischen den Stahlkonzernen im Bundesgebiet über Fusionen statt.

Nachdem bis auf Klöckner alle großen Konzerne ihre Stahlbereiche als selbständige Gesellschaften führen, nachdem die Landesregierung des Saarlands eine Option auf 75 Prozent der Arbed-Saarstahl-Aktien — für den Preis von 1 Mark hat — plant inzwischen auch Klöckner die Ausgliederung des Stahlbereichs.

Dabei wird gleichzeitig erneut die ganze Bandbreite der legal möglichen Steuerbetrügereien deutlich. So berichtet die „Frankfurter Rundschau" über diesen Trick: *Einen neuen Weg der Eigenkapitalstärkung beschreiten die Klöckner-Werke. Der Duisburger Stahlkonzern bringt Grundstücke und Gebäude der Zweigniederlassung Hütte Bremen und Georgsmarienwerke Osnabrück in eine neue Beteiligungsgesellschaft ein und pachtet diese anschließend wieder zurück. Ein gleicher Vorgang ist auch für die Zweigniederlassung Mannstaedt-Werke in Troisdorf geplant.*

Durch diese Prozedur erwachsen dem Unternehmen beträchtliche Vorteile. Denn die ausgegliederten Vermögensteile sind neu zu bewerten. Das führt in der Regel zu höheren Wertansätzen in der Bilanz. Gleichzeitig werden stille Reserven aufgelöst. Auf diese Weise entstehen durch die Differenz zwischen alten und neuen Werten (rein rechnerisch) Vermögenszuwächse. Anschließend werden die neuen Ansätze jedoch abgeschrieben. Mit diesem technischen Kniff entstehen dann wieder Buch-Verluste. Diese haben den Vorteil, daß sie nach den Richtlinien der Stahlsubventionen zur Hälfte von der öffentlichen Hand getragen werden. Die Klöckner-Werke erhoffen sich dadurch weitere Subventionen von etwa 250 Millionen Mark. Bislang hat das Unternehmen als erste Rate an die 100 Millionen Mark in Bonn kassiert. Ferner glaubt der Konzern, mit dem Kniff steuerbegünstigte sogenannte 6b-Rücklagen bilden zu können.

Parallel dazu hat der Vorstand von Krupp Stahl das Hüttenwerk in Bremen besichtigt — nach der Fusion der Schmiedebereiche von Krupp und Klöckner steht der nächste Schritt — Fusion der restlichen Stahlbereiche — wohl vor der Tür. Der von Klöckner in Frage gestellte Neubau einer Stranggußanlage im Werk Georgsmarienhütte steht im Zusammenhang mit diesen Fusionsüberlegungen.

Bei den Konzernen Hoesch und Thyssen ist ebenfalls z. Z. die Rede von gemeinsamen Gesprächen und Überlegungen über eine engere Zusammenarbeit. Ziel all dieser Pläne ist es, für den verschärften Wettbewerb ab 1986 schlagkräftiger dazustehen.

Kurz berichtet === kurz berichtet

Keine Einigung . . .

wurde in einer Verhandlung zwischen dem Arbeitgeberverband (AGV) Stahl und Eisen und der IGM erzielt über die Frage, in welcher Form die ab 1. 10. geltende 38-Stunden-Woche umgesetzt werden soll. Während die IGM meint, alle Beschäftigten müßten im Jahr 13 zusätzliche freie Tage erhalten, will der AGV dies auf die Contischichtler begrenzen. Früh- und Mittagsschichtler sollen höchstens 11,5 Schichten erhalten.

Außerdem beharrt der AGV nach wie vor darauf, nur für die Dreifach- und Vierfachschichtler die Stunden zu freien Tagen zu bündeln. Für das IV. Quartal 1984 wurde eine Übergangsregelung getroffen: Drei freie Tage mit Lohnausgleich. Dabei wird ausdrücklich festgestellt, daß es sich nicht um einen Vorgriff auf die endgültige Regelung der 38-Stunden-Woche handelt.

Eine Saarbrücker Erklärung verabschiedeten

die Mitglieder von Gesamtmetall, dem Unternehmerverband. Sie beschwören in dieser Erklärung die „historische Bedeutung" der Flexibilisierung und Differenzierung der Arbeitszeiten durch den neuen Metallvertrag. In einem Brief an die Mitgliedsunternehmer hatte ihr Vorsitzender Thiele kürzlich geschrieben, daß eine Flexibilisierung durchzusetzen, unbedingt notwendig sei, sonst „hätte die Gewerkschaft für 1986 alle Trümpfe in der Hand. In diesem Fall würde ein Widerstand gegen die dann bedrohliche Gefahr einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche sehr schwierig." Anlaß mehr für die klassenkämpferischen Kräfte auf der 38,5-Stunden-Woche für alle zu beharren — bei vollem Personalausgleich versteht sich!

100 Seiten stark . . .

ist der in diesen Tagen verschickte Leitfaden des IGM-Vorstandes zu den geplanten Schulungen zur Vorbereitung der Umsetzung des Metallvertrages Anfang 1984. Kernpunkt ist die Aufforderung an die Betriebsräte, nur Vereinbarungen über 38,5 Stunden für alle abzuschließen. Wir werden im nächsten RM ausführlicher auf dies Schulungsmaterial eingehen.

Vertrauensleutewahlen am 24. Oktober 1984

in der IG Druck und Papier. Zu diesem Termin die neuen Vertrauensleute zu wählen, ruft der Hauptvorstand der IG Druck und Papier auf. In seinem Aufruf weist der Hauptvorstand zum einen darauf hin, daß es insbesondere im Angestelltenbereich darum geht, verstärkt Vertrauensleute zu wählen. Zum anderen heißt es: „In den Betrieben muß durch Ausschöpfung aller gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen sowie der sonstigen Handlungsmöglichkeiten mehr Widerstand geleistet werden. Nicht nur gegen jede Kündigung, sondern auch um die Wiederbesetzung eines jeden Arbeitsplatzes muß gekämpft werden. Außerdem gilt es, die erzielten Tarifabschlüsse in den Betrieben durchzusetzen."

Korrespondenz aus Aachen

Straßensperren schützen Irving

Sonntag, 23. September 84, Aachen, Adenauerallee, in der Nähe des Hotels Buschhausen: ich fahre die Straße entlang und sehe, wie mir zwei Antifaschisten zuwinken, ich steige aus und höre: „In das Hotel Buschhausen lassen sie jetzt keinen rein. Die Kreuzung ist zu." Überall werden Passanten nach ihren Absichten gefragt. Personalausweise müssen gezeigt werden, und wenn es heißt: ich möchte an der Veranstaltung der Deutschen Volksunion mit David Irving teilnehmen, dann schickt die Polizei alle zurück, die keine Einladung der DVU vorweisen können. Die Polizei unterscheidet die Leute nach Gesichts- und Kleiderkontrolle. Wer zu „links" aussieht, kriegt Platzverweis, er darf sich in dem abgesperrten Gebiet um das Hotel Buschahusen nicht aufhalten.

Die Straße ist halbseitig gesperrt. Jetzt stehen etwa zehn Antifaschisten, die in den Saal wollten, um uns herum und berichten, wie die Aachener Polizei sie zurückgeschickt hat.

„Die Polizei schützt die Faschisten", sagt jemand. Es hat keinen Zweck, zweimal zu versuchen, an den Sperren vorbeizukommen. Eine Kollegin, die bei einer Sperre auf der Rückseite des Hotels zurückgewiesen worden war und ich beschließen, es an der Vorderseite noch einmal zu versuchen. Nach unseren Kleidern könnte es unser Sonntagsspaziergang sein. Wir nähern uns zu zweit einem Doppelposten und werden gefragt: „Wo wollen Sie hin?" Verwundert bleiben wir stehen und sehen den jungen Polizisten etwas verwirrt an: „Warum fragen Sie?" Dann erklärt er uns: Im Hotel Buschhausen tagt eine rechtsradikale Gruppierung und es werden Störungen durch linksradikale Kräfte befrüchtet. Darum stehen wir hier." Meine Erwiderung, daß wir ein- bis zweimal im Jahr im Hotel Buschhausen essen gehen, muß seriös genug geklungen haben, denn nach einem prüfenden Blick auf meine Hose ließen die beiden uns durch.

Vor uns gingen drei gutbürgerlich gekleidete Leute, Alter über 40, Frau mit hohen Absätzen, Kleid und Pelzjacke, Herren in Anzug und guten Wintermänteln mit Schals aus Kunstseide. Sie wurden von der Polizei nicht angesprochen.

Im Hotel Buschhausen fragte uns dann ein Herr Lummerich, der das Abzeichen mit dem schrägen schwarzen Adler der DVU trägt, ob wir Mitglieder sind. Da wir es nicht sind, müssen wir vor der Tür des Veranstaltungsraumes Platz nehmen. Wir setzen uns zu zwei anderen Veranstaltungsbesuchern an den Tisch, denen es wie wir dann hören, ähnlich gegangen ist. Sie waren im Saal gewesen und hatten ihn nur kurz verlassen. Als sie wieder hinein wollten, war ihnen der Zutritt verwehrt worden mit dem Hinweis, daß sie keine Mitglieder seien.

Im Vorraum zum Veranstaltungssaal hatten die Organisatoren eine Reihe von Büchern mit nostalgischen Erinnerungen an die Zeit des Faschismus oder an Faschisten wie Rudel und Heß. Heß sollte Irvings Thema sein. Wir vier oder fünf setzten uns an den Eingang des Saales und bestelten Kaffee oder Tee. Irving schob sich durch das Spalier der Ordner, setzte sich und der Rahmenredner der DVU gab seine Einleitung. Danach forderte Irving alle auf, in den Saal zu kommen, er wünschte, daß jeder seinen Vortrag hören könne. Als wir mit Stühlen den Saal betraten, wurde der Veranstaltungsleiter blaß. Im Saal saßen mit uns knapp zehn von uns und vierzig meist ältere „Mitglieder". Außerdem erkannten wir mindestens zwei Mitglieder der Wiking-Jugend Stolberg.

Es war klar, daß der Plan, den Saal zu besetzen, fehlgeschlagen war. Zu viele waren von der Aachener Polizei außen abgefangen worden. Einige hatten schon sehr früh ein Transparent entrollt. Darauf waren sie aus dem Saal entfernt worden. Der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Josef Christoffels, ein in Aachen beliebter Antifaschist, dem viele bei seinen historischen Vorträgen in der Volkshochschule gerne zuhören, berichtete: Mir hat die Polizei gesagt, zu dieser Veranstaltung könne ich nicht rein. Ich mache den Eindruck, stören zu wollen. Mich hätte die Rede interessiert, weil ich die Zeiten vor 1933 kenne. Wenn es sich um Nazis handelt, weiß man, was die wollen: Freiheit für Heß."

Zu Beginn seines Vortrags hatte Herr Irving warme Worte des Dankes an die Aachener Polizei. Er sei hier immer sehr zuvorkommend behandelt worden. In München durfte er nicht reden. In Heilbronn und Wuppertal auch nicht. In Hamburg verweigerte die Polizei ihm den Schutz. In Wien wurde Irving am Sprechen gehindert und aus Österreich ausgewiesen, aber die Aachener Polizei lobte er für ihren Sondereinsatz am Hotel Buschhausen als „sehr anständig".

Dieses Verhalten der Polizei Aachens, einer Stadt, in der trotz aller Entwicklungen die CDU ihre Mehrheit über Jahrzehnte bis heute noch halten konnte, geschah auf Anweisung des Polizeipräsidenten, Herrn Fehrmann. Die politische Rükkendeckung ist da: Oberstadtdirektor Dr. Berger erklärte auf Fragen, derartige Veranstaltungen gehörten eben zum „Band unserer Freiheit". Vielleicht ein erschreckender Einblick in das, was sie mit dem bekannten Aachener Werbeslogan „sprudelnde Vielfalt" alles gemeint haben könnten.

Stolberg im Kreis Aachen beherbergt die Bundeszentrale der faschistischen Wiking-Jugend. Vor zwei Jahren durfte Irving seine faschistischen Ansichten über deutschen Geschichte im Novotel Aachen ausbreiten. Einer der Kundgebungsredner der Demonstration gegen Irving wurde dieser Tage zu einer Geldstraft, ersatzweise 6 Monate Haft auf Bewährung verurteilt, weil er in seiner Rede eine Person des öffentlichen Lebens — Strauß — beleidigt haben soll. Herr Stercken, MdB, CDU/Aachen, fordert die Freilassung des Rudolf Heß. Dabei gesteht er ein, daß Heß niemals ein einziges Zeichen der Reue gezeigt hat. Hitlers Haftkumpane in Landsberg/Lech, Mitautor des Buches „Mein Kampf", Kriegsverbrecher und Verantwortlicher für millionenfachen Massenmord soll nach Meinung dieses CDU-Politikers freigelassen werden.

Irving, der Churchill bezichtigt, er habe mit Heß nicht reden wollen, weil er aus persönlichen Prestigegründen und weil er in einem Frieden mit seiner sofortigen Absetzung rechnen mußte, nur den Krieg fortzusetzen wünschte, forderte für Heß den Friedensnobelpreis. Diesen Nobelpreisträger sähe er lieber als z.B. Begin, wobei er bei seinen Zuhörern antisemitische Bemerkungen provozierte. Heß sei an den Vernichtungsaktionen nicht beteiligt gewesen. Erstens habe er bei entscheidenden Konferenzen immer gefehlt und zweitens sei die Vernichtung erst angelaufen, als Heß schon in England gelandet war. Die Schuld am zweiten Weltkrieg sei nicht dem Deutschen Reich mit Hitler an der Macht anzulasten, Irving nennt als die wahren Schuldigen: die UdSSR, England, Frankreich und die USA. Wenn man Heß aus Spandau befreien würde, könnte er uns allen beweisen, daß Hitler-Deutschland am Ausbruach des zweiten Weltkrieges nicht schuld war. Mit den Geschichten über Hitlers Massenvernichtungslager stimme auch vieles nicht, so seien z.B. die Verbrennungsöfen im KZ Dachau nachträglich von den Alliierten gebaut worden. Auf den derzeitigen Präsidenten der USA, Reagan, setzt Irving große Hoffnungen. Er mache die Politik, von der auch die „Bewegung" in Deutschland profitiere. Als nächste Ziel schlug er seinen „Gefolgsleuten" vor, zu warten, bis die Runde in Spandau wieder an die Briten kommt und dann zu Frau Thatcher zu gehen und zu sagen: „Ach, Sie sind auch für die Freiheit von Rudolf Heß, bitte, dann gehen Sie nach Spandau und öffnen sie die eiserne Tür."

Eine Diskussion ließ Irving nicht zu. Vor zwei Jahren versuchte er die Teilnehmer an der Gegenkundgebung vor dem Aachener Novotel noch in eine Diskussion zu ziehen über seinen Vortrag zum Thema: „Der ungesühnte Holocaust der Deutschen".

Gegen Irvings Freiheiten in der Stadt Aachen haben insgesamt mehr als 100 Menschen durch die Anwesenheit beim oder im Hotel Buschhausen protestiert.

Der Termin war diesmal sehr spät bekannt. Für die kurze Zeit, die für die Mobilisierung genutzt werden konnte, konnten wir uns über die Beteiligung nicht beklagen. Die Aachener Volksfront und die KPD/ Aachen haben sich natürlich nach Kräften an der ganzen Aktion beteiligt. Drei Vorsitzende von Betriebs- und Personalräten (die Kollegen Engelhardt, Jost und Weinzierl) aus den Bereichen ÖTV und IG Metall haben den Oberstadtdirektor Berger mündlich und schriftlich aufgefordert, die Veranstaltung der DVU (laut Verfassungsschutzbericht, die größte rechtsradikale Organisation in der BRD) in Aachen zu verbieten. In ihrem neuesten Flugblatt über den „Ausnahmezustand" in Aachen schrieben sie, daß es unsere Aufgabe als Antifaschisten ist, „dem braunen Ungeist in Zukunft entschlossener entgegenzutreten".

Elterninitiativen gegen Pseudo-Krupp demonstrieren gegen Elektromark

„Nicht schwafeln, entschwefeln!"

Korrespondenz aus Dortmund

Unter dieser Hauptlosung zogen am Samstag, dem 22.9., in Herdecke rund 500 Demonstranten vor das von der Elektromark betriebene Kraftwerk Cuno. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration mehrere Elterninitiativen gegen Pseudokrupp und Umweltverschmutzung, der BUND (= Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) sowie die Partei der Grünen. Anlaß war die Inbetriebnahme des Kraftwerks mit Kohleverbrennung ohne entsprechende Filteranlage.

Im Demonstrationszug wurden u.a. Kindersärge, Kränze mit Trauerschleifen und Transparente mit Aufschriften wie: „Verstorben an Luftverschmutzung" oder „In tiefer Trauer um unsere Kinder" mitgeführt. Der Protest richtete sich gegen die von CDU und SPD in Herdecke unterstützte Umrüstung des Kraftwerks von Erdgas- auf Kohleverbrennung, ohne daß die zur Luftreinhaltung dringend notwendige Filteranlage eingebaut ist. Vielmehr soll dafür erst 1985 das Genehmigungsverfahren laufen, so daß sie frühestens 1988 fertig sein dürfte.

Auch NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Prof. Friedhelm Farthmann, hatte seine Genehmigung gegeben, so daß der Probelauf des seit 1981 stilliegenden Cuno-Kraftwerks Mitte September begonnen hat. Der Minister räumt ein, daß die heutigen Vorschriften der Technischen Anweisung zur Luftreinhaltung (TA Luft) strenger seien als früher (dies stimmt de facto nicht so, denn trotz herabgesetzer Grenzwerte ist der Berechnungsmodus für die Immissionen laxer geworden), die Genehmigung zur Kohleverbrennung durch das Gewerbeaufsichtsamt Hagen sei jedoch bereits zu einer Zeit (1982) erfolgt, als die Vorschriften noch nicht so streng gewesen seien. Darum sei alles rechtlich abgesichert, und man könne nichts dagegen tun. Auf einer SPD-Veranstaltung am 22.9. in Herdecke hat er dies noch einmal bekräftigt. Im Unterschied zur CDU, die ja am liebstens überall die Kernkraft einführen wolle, betreibe die SPD eine Kohlevorrangpolitik zum Schutz der Arbeitsplätze für die Bergleute des Ruhrbergbaus. Angesichts der politischen Lage sei dies die einzig realistische Politik. (Zu bemerken ist hierzu, daß auch die Elektromark zweigleisig verfährt: Sie betreibt z.B. in Hamm den Hochtemperaturreaktor und ist am Atomkraftwerk Lingen zu 26 Prozent beteiligt; die Alternative Atomkraftwerk besteht von daher durchaus als Drohung.) Da die Elektromark im Vertrauen auf die erteilte Genehmigung bereits 45 Mill DM für die Umrüstung ausgegeben habe, könne man ihr nun nicht zumuten, die alles umsonst getan zu haben. (Bis 1981 hatte das Kraftwerk auf Erdgasbasis gearbeitet. Die beantragte Genehmigung lief auf den Bau eines „Trivalenz"-Kessels hinaus, d.h. eines Kessels, in dem man je nach Lage auf dem Energiemarkt Erdöl, Erdgas oder Kohle verbrennen kann. Davon ist nunmehr nicht mehr die Rede, sondern es wird behauptet, daß derjenige, der jetzt Erdgas- statt Kohleverbrennung verlange, der Stillegung das Wort rede.)

Mit anderen Worten: Der Bevölkerung muß eben für ein paar Jahre „Übergang" das Opfer einer zusätzlichen Beeinträchtigung ihrer Gesundheit abverlangt werden, denn die Herren Kapitalisten müssen sich auf Zusagen der Behörden ja verlassen können. Anderes liefe auf eine „Kapitalistenvertreibungspoltik" hinaus. (Dieser Standpunkt der SPD findet seinen Niederschlag bereits in ihr nahestehenden Zeitungen, indem die Hauptschuld an der Luftverpestung den Autos zugeschrieben wird. Hierbei kann man sich dann als williger Umweltschützer aufspielen, der am kooperationsunwilligen Resteuropa scheitert, weil das nicht „am deutschen Wesen genesen" will, eine Politik, die ja auch von der Bundesregierung vertreten wird.)

Im Unterschied zu Erdgas, dessen Verbrennung vergleichsweise geringe Schadstoffe in die Luft abgibt, ist die Schadstoffbelastung bei der Kohleverbrennung erheblich. Allein der Schwefeldioxidausstoß ist bei gleicher Leistung etwa 400mal so hoch. Auch die Stickoxid- und Metallstaubbelastung ist wesentlich höher. (Hinsichtlich des Stickstoffdioxids erklärt die Elektromark, daß sie nicht die stark schwefelhaltige Ruhrkohle verbrennen wolle, sondern eine schwefelarme Kohle. Das Argument, daß so zur Stützung der Arbeitsplätze im Ruhrbergbau beigetragen werden, ist also zumindest recht windig.)

Der Protest der demonstrierenden Elterninitiativen richtet sich nicht grundsätzlich gegen Kohleverbrennung. Verlangt wird aber, daß zuvor zumindest eine Rauchgasentschwefelungsanlage eingerichtet wird. Gedacht wird hierbei an eine Anlage nach dem Walterverfahren, bei dem der Schwefel an Ammonniak gebunden wird (das ebenfalls Stickoxide und Metallstaub binden soll und danach — laut Gewerbeaufsichtsamt Mannheim — immer noch einen besseren Dünger als der zur Zeit hauptsächlich benutzte Stickstoffdünger abgeben soll, mit weniger Metallgehalt als dieser).

Schon während der Debatte im Herdecker Rathaus am 13.9. um einen Antrag, zunächst mit Erdgas zu fahren und mit der Kohleverbrennung bis zum Einbau einer solchen Filteranlage zu warten, gestellt von dem der Grün-Alternativen Liste zugehörigen Ratsherrn Peter Gerigk, war es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern dieses Antrags und aufgehetzten Arbeitern der Elektromark gekommen. Letzteren hatte die Elektromark für den Fall, daß dieser Antrag angenommen werde, den Verlust ihrer Arbeitsplätze angedroht. Sie waren bereits eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn erschienen und hatten sämtliche Zuschauerplätze belegt. Als dann Angehörige von Elterninitiativen ebenfalls in den Saal wollten, wurden sie von selbsternannten Saalschützern unter z.T. wüsten Beschimpfungen („gestern noch abgetrieben, heute pseudokruppkranke Kinder") und mit Brachialgewalt daran gehindert, ohne daß Bürgermeister Knauer darin eine Störung der Sitzung gesehen hätte. Als der Antrag verlesen werden sollte, wurde dies durch Buhrufe, Pfiffe und Sprüche wie: „Hau doch ab in die Zone!" „Sowas unterrichtet unsere Kinder!" (Peter Gerigk ist Lehrer) fast unmöglich gemacht, dagegen wurden die Sprüche von CDU- und SPD-Ratsherren mit Beifall bedacht. (Angesichts der Tatsache, daß sonst Bekundungen aus dem Zuschauerraum zu Maßnahmen gegen die Betreffenden Führen, ist die Duldung durch denselben Herrn Knauer ein deutlicher Hinweis dafür, daß dieses Verhalten geplant war.)

Am Tag der Kundgebung (22.9.) war von der Elektromark die Belegschaft in großer Zahl auf das Kraftwerksgelände bestellt worden. Man wollte Stärke demonstrieren. Unter den Arbeitern war das Gerücht in Umlauf gesetz worden, es sei ein gewaltsamer Übergriff auf das Werk beabsichtigt und hierzu seien gewalttätige „K-Gruppen-Kader" aus dem Raum Hannover angereist. Man solle sich auf gar keinen Fall auf Gespräche mit Demonstranten einlassen. Um dieser „Empfehlung" Nachdruck zu verleihen, patrouillierten auf dem Werksgelände vor den Arbeitern Werksschutzangehörige mit Hunden. (Auch die Polizei, die den Demonstrationszug begleitete, führte — wenn auch versteckt — Hunde mit Maulkorb mit, um für den Fall einer Auseinandersetzung „gerüstet" zu sein.) Eine erregte Mutter hinterher: „Da müßte mal einer eine Bombe reinschmeißen!"

Verständlich sind sie schon, solche Reaktionen, wenn auch politisch sicher falsch. Ein Ausdruck eigenen Ohnmachtgefühls.

Zweifellos stand hier die demonstrierte Stärke der Arbeiter auf der falschen Seite, nämlich auf der Seite der Kapitalisten und ihrer Politiker. Mißbraucht wurde hierbei das Solidaritätsgefühl der Arbeiter, denen — wie ein großes Transparent zeigte — eingeredet worden war, sie ständen dort im Interesse eines Erhalts der Arbeitsplätze ihrer Kollegen im Bergbau. Bei dem Aufbau der falschen Frontstellung hatte die SPD eifrig vorgearbeitet, die von vielen Arbeitern noch als ihre Partei angesehen wird und diese daher zum Schutz ihrer Verfilzung mit dem Großkapital aufmarschieren lassen konnte. Die Tatsache, jedoch, das so massiv versucht worden war, zu verhindern, daß die Arbeiter hörter, was gesagt wurde, zeigt die Angst dieser „falschen Propheten" davor, eines Tages von ihrer „Armee zum Schlagen" durchschaut zu werden. Sicher ist das ein langwieriger und mühsamer Prozeß, aber er ist die Anstrengung wert. Beschämend ist im Zusammenhang mit dem erwartbaren Anstieg an Atemwegserkrankungen die spürbare Zurückhaltung des anthroposophischen Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke, das sich sonst gern als besonders fortschrittlich in der Öffentlichkeit präsentiert. Man könnte fast den Verdacht haben, als sei dort die Aussicht auf eine Steigerung der Patientenzahlen erwünscht...

Deutlich geworden ist: Der Arbeiter ist eine Macht. Diese Macht ist auch für die meist dem Kleinbürgertum zuzurechnenden demonstrierenden Eltern beeindruckend. Da sie ihnen hier gegenübersand, schlich sich Verzweiflung bei manchem unter ihnen ein. Ein schmerzliches Lehrstück in Politik, wie sie hierzulande betrieben wird.

Arbeitsplätze





STATT





AusländerHETZE

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Götter-dämmerung?

Liebe RM-Redakteure?

Fast das Wichtigste am RM ist für mich inzwischen die Leserbriefseite geworden. Und so hat mich auch eine Gemeinsamkeit verschiedener Briefe aus den letzten Heften dazu hingerissen, auch einen solchen zu schreiben.

Mir ist aufgefallen, daß indirekt immer wieder ein Problem diskutiert wird: Wie versteht sich der einzelne Kommunist gegenüber den „großen Klassikern", den Vorbildern Albanien, UdSSR (bis wann ...?) oder Leitungsgenossen der KPD?

So habt ihr geschrieben, ihr hättet zum Strauß-Besuch in Albanien nicht Stellung genommen, weil ihr die albanischen Gründe nicht gekannt hättet. Als ob die für unsere Bewertung eine Rolle spielen würden.

So wirft E. A. aus Kiel (Nr. 38) Harry Dubinsky vor, er wolle nur „Leben und Werk toter Größen schmälern", weil er es gewagt hat **eine** Entscheidung Stalins zu kritisieren. Und mit Ringelnatz: „Und die Großen werden die Kleinen schrecklich verlachen."

So fragt A. S. aus Bielefeld: „Wann begann der Revisionismus in der KPdSU (B)?" Und mir scheint er hofft immer noch, diese Frage, irgendwann, mit der Angabe eines Zeitpunktes beantworten zu können.

Während der Autor des Artikels zum Sozialismus-Camp als ein Ergebnis der Sozialismus-Diskussion festhält: „Was können wir von den Klassikern des ML lernen?" Antwort: „sehr, sehr viel ...), und da ist dann ja wohl auch Stalin mit allem Drum und Dran gemeint, beschuldigt A.B. Stalin, im ZK der KPdSU eine Blutspur hinter sich hergezogen zu haben.

Es wird diskutiert, ob Thälmann ein Stalin-Mitläufer war, oder ob Rosa Luxemburg 1918 alles vermasselt hat, weil **sie** persönlich nicht auf Lenin gehört hat.

Gegenseitig halten wir uns Bücher und Zitate unter die Nase, kommen wir aber weiter, kommen wir zur Kernfrage?

Wir werfen wieder einmal Grundsatzfragen auf. Richtig, daß mensch sie endlich aufwerfen kann. Aber sind es die richtigen?

Es gibt eine Stalin-Frage, eine Luxemburg-Frage, eine Trotzki-Frage, eine Mao-Frage und viele viele andere. Fragen, die eine prinzipielle Gut/schlecht-Entscheidung erwarten. Genauso aber handhaben wir es mit der Feststellung sozialistisch/nicht sozialistisch bei der Einschätzung von Staaten. Oft werden außerdem auf die gleiche Art und Weise Leitungsgenossen der KPD abgefertigt.

Wir haben also einen Hang zu Prinzipienfragen. Wozu führt das aber? Erst mal vergessen wir oft bei solchen Diskussion die Fakten, die Tatsachen, daß sich Menschen, auch wenn sie etwa Generalsekretäre sind, ändern, wir vergessen, uns erst die Maßstäbe festzulegen, nach denen wir beurteilen, bevor wir loslegen. Und wir scheinen völlig zu vergessen, daß wir uns immer noch Dialektiker schimpfen.

Z.B. können wir Josef Stalin überhaupt nicht allein aus seiner Zeit heraus beurteilen. Wir müssen die weiteren Erfahrungen, die die kommunistische Bewegung gemacht hat, berücksichtigen. Wir müssen alle Umstände der 30er und 40er Jahre berücksichtigen, und vor allem: Wir müssen einzelne Fakten, einzelne Fragen prüfen. Wir müssen fragen: „Hat sich Stalin hier oder dort richtig verhalten?" oder „Ist das, was er da oder da geschrieben hat, richtig?"

Das ist natürlich nicht so leicht, wie Herangehensweisen der Art „30 Jahre Lüge und Betrug" (TO 4/79), womit Mao und sein ganzes China im Dunkel des Revisionismus versanken.

Das ist natürlich nicht so leicht, wie das fortlaufende Schwenken albanischer Fahnen, und wenn man sie auch vielleicht über FJS schwenkt.

Warum wird denn immer gefragt: Ist „Albanien das Vaterland der Werktätigen" oder „ein zurückgebliebener Balkanstaat, der nicht interessiert"? Warum war Thälmann entweder ein „einfältiger Mitläufer Stalins" oder eine Art Halb-Klassiker? Warum wird einem Genossen, der bestimmte Entscheidungen der „Großen" kritisiert, vorgeworfen, sie gleich demontieren zu wollen?

Bequem ist es natürlich, sich im Sessel zurückzulehnen und die Dialektik eine gute Wissenschaft sein zu lassen.

Und noch ein Problem wirft sich für mich in diesem Zusammenhang auf, besonders, wenn ich bedenke, daß der RM immer noch mit vier Köpfen auf dem Titelblatt umherläuft. Wozu das denn, wenn wir die Klassiker, die (einstmals?) Großen, auf großen Pappschildern vor uns hertragen? Wozu führt das, wenn wir bequem zuerst eine Klassiker-Prinzipienfrage beantworten und dann **alles** für richtig nehmen, was da geschrieben steht? (Oder **alles** für falsch ...) Es führt dazu, daß wir selbst im konkreten Fall keine Entscheidung mehr treffen können. Bestes Beispiel ist für mich eure Inkompetenz bzgl. FJS-Balkanreise.

Ein letzter Aspekt: Wenn wir fortlaufend von „klassischen Halbgöttern" träumen, werden wir nie dazu kommen unsere Ziele **hier und morgen** zu erreichen. Denn der Prinz auf dem weißen Pferd wird sich bestimmt nicht in unserem ZK wiederfinden, da können wir noch lange warten. Ganz normale Menschen werden die Revolution machen müssen, wenn sie Bestand haben soll. Und gerade die Kontrolle, die andauernde Fragestellung an die „Großen" der Bewegung, ein gesundes Mißtrauen der kleinen Leute ist nötiger denn je.

Matthias aus Duisburg

Zitate

(Zu RM 38, S. 8, „Tadel", von E.A., Kiel)

Lieber Genosse E.A. (Bolschewik)! Du machst es dir verdammt leicht. Ein paar Schlagworte „Antikommunismus, Blindschüsse, alter Hut aus den 50ern, Angriff gegen Stalin, ..." und schon ist der Genosse Harry Dubinsky in der Schublade »Block der Rechten und Trotzkisten«. Und was soll der drohende Unterton gegen die Genossen der RM-Redaktion? Das Ringelnatz-Zitat ist gut, aber da du schon auf Zitate stehst, denk auch mal drüber nach, was und wen's überhaupt trifft. In dem Fall doch wohl die Schönschwätzer und Arschkriecher, die Ja-Sager, zu denen unsere Genossen nicht gehören.

Gruß,
H.F., Römerstein

Familie

Betrifft RM Nr. 31/32 vom 10. August, Artikel zur Familienpolitik der CDU/CSU, Seite 3

Der Hauptschlachtruf heißt „Die Deutschen sterben aus". ...es geht auch um Gesellschaftspolitik.

Denn die Abkehr von der bürgerlichen Familie, gegen die die Strauß und Geißler zusammen mit dem Papst, den Bischöfen und Kardinälen streiten, geht einher mit einer veränderten Haltung gegenüber **der Gesellschaft.**

Die Definition des familienpolitischen Kongresses der CDU/CSU „Die Deutschen sterben aus" kennzeichnet diese „Gesellschaft" **nicht als Klassengesellschaft.** Der Begriff „Deutscher" sagt noch lange nichts über **diese Klassengesellschaft aus.**

Es wundert mich, daß der „Rote Morgen" dem familienpolitischen KOngreß der CDU/CSU auf den Leim gegangen ist, wenn er selbst schreibt **„... geht einher mit einer veränderten Haltung gegenüber der Gesellschaft".**

Da der „Rote Morgen" nun schon einmal diesem CDU/CSU-familienpolitischen Kongreß auf den Leim gegangen ist, kann er natürlich nicht dahinterblicken, was denn nun eigentlich die Kapitalistenklase in Wirklichkeit will.

Für einen kommenden Krieg braucht das deutsche Finanzkapital und alle, die mit daran verdienen, genügend Kanonenfutter. Wo kommt die Kapitalistenklasse auch hin, wenn immer mehr Familien immer weniger Kinder zeugen, die sie ausbeutet, unterdrückt und knechtet.

Wer soll dann noch **für die Kapitalistenklasse** in den Krieg ziehen?

Da gibt es doch einen ganz berühmten Spruch, den der „Rote Morgen" selbst schon zigmal abgedruckt hat: Krieg und Leichen, immer noch Hoffnung der Reichen.

Das, was der „Rote Morgen" geschrieben hat, steht in Wechselwirkung zu meiner besagten Kritik bzw. resultiert aus dem Interesse der herrschenden Klasse, der Kapitalistenklasse. Aber nicht so wie der „Rote Morgen" geschrieben bzw. analysiert hat.

Jonny, Westberlin

Unmöglich

Liebe Genossen,
die Redaktionsnotiz im RM 37 zum Strauß-Besuch finde ich unmöglich. Man muß doch nicht die Beweggründe der Albaner kennen, um dazu etwas zu sagen. Gegenwärtig geht die BRD den Weg zu einer eigenständigeren imperialistischen Entwicklung, führend dabei ist FJS, der dem hiesigen Monpolkapital neue Pfründe öffnen oder alte vertiefen will. Daß FJS einer der profiliertesten Vertreter der BRD ist und die Albaner ihn wohl schlecht vor der Tür stehen lassen können, ist doch klar. Die berechtigten Forderungen nach Wiedergutmachung an die BRD als Grundlage für diplomatische Beziehungen hätten doch genannt werden können.

Auch die „neue" Ostpolitik der CDU, mittels Kapitalspritzen teilzuhaben am Mehrwert, den die Werktätigen dort produzieren, verdient Erwähnung. Die UdSSR und die dortigen Bourgeoisien werden sich das nicht so einfach gefallen lassen.

Es gibt also genügend Möglichkeiten, den Besuch zu kommentieren, ohne den albanischen Genossen reinzureden. Aber abwarten, die Unsicherheit zuzulassen, das ist nicht gut. Ich bin sicher, daß die Albaner der westdeutschen Bourgeoisie die Forderungen nach Wiedergutmachtung und ihre Auffassungen von Beziehungen zwischen zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen klargemacht haben. Wenn auf dieser Ebene etwas zustande gekommen ist, was sollten wir daran auszusetzen haben. Die VR Albanien hat mit vielen imperialistischen Staaten Wirtschafts- und diplomatische Beziehungen. Sind die Ergebnisse allerdings ähnlich denen wie damals mit FJS in China, dann haben wir wohl unsere Lektion gelernt.

Zum Schluß soll ich der Redaktion noch Lob aussprechen von einigen Lesern, die dem RM, trotz mancher theoretischer Oberflächlichkeiten, eine gute Entwicklung bescheinigen.

Ich habe jetzt noch mal meinen Brief durchgelesen. Stilistisch gefällt er mir überhaupt nicht, und inhaltlich hätte ich auch noch einiges hinzuzufügen; aber das hab' ich jetzt davon, daß ich nie einen Brief geschrieben habe. Jetzt hat sich viel angesammelt und mir fehlt dazu noch die Übung. Der zweite Leserbrief wird nicht so lange auf sich warten lassen.

Mit kommunistischem Gruß
C. W., Michelstadt

Schwarz-weiß?

Leserbrief (an „Roter Morgen" und „Rote Fahne")
betrifft: Diskussion im RM und RF über Harry Dubinskys Leserbrief

Die Veröffentlichung des Leserbriefs vonHarry Dubinsky zum Tode Ernst Thälmanns im „Roten Morgen" hat offenbar sehr heftige Kontroversen unter den Leser(innen) des RM hervorgerufen. Nun hat sich auch die MLPD mit ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" eingeschaltet und Harry wie auch der KPD insgesamt des „Liquidatorentums", des „Verrats am Marxismus-Leninismus" und des als links getarnten „Antikommunismus" bezichtigt („Rote Fahne", Nr. 38, S. 1 und S. 9).

Ich bin der Meinung, einige Genoss(inn)en, insbesondere aber der Artikelschreiber der „Roten Fahne", verwechseln den Marxismus-Leninismus, den wissenschaftlichen Kommunismus, mit einer Ansammlung quasi-religiöser Lehrsätze, vor allem auch scheinen sie ihn mit historischen Fragen, nämlich mit Fragen der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu verwechseln. Was mich dabei außerdem ärgert, ist, daß es offenbar viele Genoss(inn)en nicht akzeptieren wollen, daß es in einer kommunistischen Partei möglich sein muß, auch unbequeme Auffassungen zur Geschichte der kommunistischen Bewegung zu haben und diese auch äußern zu können. Nichts anders aber hat Harry getan. In unserer Partei, der KPD, ist so etwas möglich, weil wir gelernt haben, Kritik und Selbstkritik als etwas sehr Lebendiges und nicht als formalen Akt aufzufassen. Andere revolutionäre Organisationen scheinen offenbar noch nicht so weit zu sein, sie fordern die sofortige Unterdrückung mißliebiger Meinungen.

Oft genug hat die Redaktion des „Roten Morgen" betont, daß sie nicht automatisch die in Leserbriefen geäußerten Auffassungen teilt — sonst wäre das ja auch keine Leserbriefseite, sondern eine Akklamationsseite. In der „Roten Fahne" wird das dann als „unehrliche Leserbrief-Diplomatie" bezeichnet ... Was Linie unserer Partei ist, kann man in den Parteitagsbeschlüssen, dem Theoretischen Organ und den Leitartikeln des RM nachlesen! Was im Fall von Harrys Leserbrief höchstens zu kritisieren wäre, ist, daß die RM-Redaktion keine gesonderte Anmerkung gemacht hat, wie sie die Sache nun genauer sieht. Ich denke, nach den heftigen Attacken der MLPD ist nunmehr auch eine Stellungnahme des KPD-Politbüros notwendig (vielleicht ist das beim Erscheinen dieses Leserbriefes schon geschehen).

Was allerdings bei uns in der KPD üblich ist, liebe Genoss(inn)en der MLPD, ist, daß wir Äußerungen wie denen von Harry nicht einfach wutschnaubend begegnen, sondern sie uns ernsthaft durch den Kopf gehen lassen und uns mit ihnen **inhaltlich,** mit **Argumenten** und **Fakten** auseinandersetzen. Harry ist länger in der kommunistischen und antifaschistischen Bewegung tätig als die allermeisten Genoss(inn)en bei uns in der KPD und auch bei euch, in der MLPD; er hat Dinge erlebt und Erfahrungen gemacht, die uns Jüngeren mitzuteilen seine Pflicht ist. Das heißt nicht, daß er automatisch recht hat. Wenn nötig, werden wir Auffassungen, die wir für politisch falsch halten, energisch entgegentreten, wie es Lenin in den Äußerungen in „Was tun?", die ihr in der „Roten Fahne" zitiert habt, auch ganz richtig fordert. Mich wundert nur die Heftigkeit eurer Kritik, wo doch gerade euer Vorbild Mao diesen Rat Lenins nicht beherzigte und nicht nur den Kampf, sondern auch die Existenz zweier Linien in der Partei für gut hielt?!

Aber lassen wir die Polemik. Es geht in der KPD niemandem darum, dem politischen „Pluralismus" Tür und Tor zu öffnen, womöglich bürgerliche, revisionistische und andere unmarxistische Theorien und Strömungen als gleichberechtigt neben dem Marxismus-Leninismus stehenzulassen (das wäre in der Tat ideologisches „Liquidatorentum"). Die Lehren von der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes, von der Notwendigkeit der Führung des Klassenkampfes bis hin zum Kommunismus, der gewaltsamen proletarischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, der Führung dieser Kämpfe durch die mit dem Marxismus-Leninismus ausgerüstete KP **-um all diese zentralen Knackpunkte geht es doch gar nicht.** Die hat niemand angezweifelt, auch Harry nicht. Was soll also der kindische Vorwurf des „Verrats am Marxismus-Leninismus" und dergleichen?

Es geht vielmehr um die Ablehnung einer **halbreligiösen** Einstellung zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Wir müssen doch, wenn wir keine Metaphysiker sein wollen, den Kommunismus **wissenschaftlich** begreifen und uns bei der Beschäftigung mit unserer Geschichte vor religiösen Glaubenssätzen und Einseitigkeit hüten. Darüber schrieb Engels vor über 100 Jahren in einem Grundsatzartikel:

„Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedankenbilder, die Begriffe, ... feste, starre, ein für allemal gegebne Gegenstände der Untersuchung. Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen: seine Rede ist ja, ja, nein, nein, was darüber ist, ist vom Übel." (Engels 1878, Anti-Dühring, chin. Ausgabe, S. 24). Und weiter:

„Ein allumfassendes, ein für allemal abschließendes System der Erkenntnis von Natur und Geschichte steht im Widerspruch mit den Grundgesetzen des dialektischen Denkens; was indes keineswegs ausschließt, sondern im Gegenteil einschließt, daß die systematische Erkenntnis der gesamten äußern Welt von Geschlecht zu Geschlecht Riesenschritte machen kann." (ebenda, S. 28 f.)

Ich meine, so sollten wir auch mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung verfahren. **Nicht Schwarz-Weiß-Denken** („ja, ja, nein, nein") **sollte angesagt sein, sondern die dialektisch-materialistische Methode.**

In diesem Zusammenhang muß sich allerdings auch Harry die Frage stellen lassen, warum er nicht nur mit Fakten arbeitet, sondern sehr stark mit Spekulationen, warum er seine Frage gerade jetzt und in dieser Form äußert. Vielleicht sollten wir solch kontroverse Fragen erst ausführlich in der Partei diskutieren, anstatt sie in einem Leserbrief unvermittelt dahinzuwerfen?

Rot Front
D. aus Oldenburg (ein einfaches KPD-Mitglied)

Anmerkungen

Hey Freaks,
1) mich wundert eigentlich, daß im RM nichts über den Skandal mit dem gesunkenen Äppelkahn mit den 30 Fässern UF_6 (Uranhexafluorid, einer „leicht" radioaktiven und sehr angriffslustigen und giftigen Verbindung!) steht.

2) In eurem Artikel über die Bevölkerungsfrage wird Chinas Bevölkerungspolitik positiv dargestellt. Vergeßt aber bitte nicht, daß das chinesische Volk besonders unter dem Deng-Hsiao-Ping-Regime wieder zu verarmen beginnt und die Beijinger Bourgeoisclique unerwünschten Kinderreichtum mit sozial hart einschneidenden Maßnahmen (Wegfall des Kindergeldes und Strafsteuern) bestraft.

Ein sozialistisches China wäre wohl eher in der Lage, statt harter Zwangsmaßnahmen Überzeugung anzuwenden.

Viele Grüße,
euer H. D. aus Wuppertal



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Programm des „Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik"

STUTTGART Empfang

Am Freitag, den 5. Oktober, 14.30 Uhr
Asylantenlager in Stuttgart-Wangen, Viehwasenstraße 22, anschließend Autokorso zum Marktplatz, Übergabe einer Resolution an OB Rommel

Fete gegen Rassismus

In der „Friedenau", Rotenbergstraße um 20.00 Uhr am 5. Oktober mit türkischer, kurdischer, griechischer und lateinamerikanischer Musik

Demonstration

Samstag, 6. Oktober, 10.00 Uhr
Vom Marienplatz zum Schloßplatz
Abschlußkundgebung um 11.00 Uhr, es spricht (u.a.) Ingo Lehmann (Hauptvorstand IG Drupa)

DORTMUND
Empfang und Demonstration

Samstag, 6. Oktober ab 11.45 Uhr
Demonstration vom Nordmarkt zum Alten Markt

Kundgebung und Fest

Von 13.00 bis 16.00 Uhr auf dem Alten Markt



„... daß wir hier ein Schauspiel vorführen"

Zur Debatte über Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages

Am Donnerstag vorletzter Woche debattierte der Bundestag sozusagen über sein Selbstverständnis. Zum großen Bedauern der Abgeordneten — denn diesmal waren die Bänke etwas voller als sonst — übertrug das Fernsehen die Debatte nicht. Herr Nowottny, ARD, hatte dazu erklärt, daß solche Debatten das Volk nicht interessieren, weil es nicht verstehe, worum es gehe und im übrigen die Debatte die internen Angelegenheiten des Bundetages betreffe.

Ein Prosit der Gemütlichkeit

Dr. Barzel in seiner offiziellen Einleitungsrede zur Debatte: „Wir werden bei den Neuerungen auch bemüht sein — wir bitten da um Anregungen — die Möglichkeiten für spontane Kontakte, kleine Besprechungen, Zeitungskauf usw. zu fördern. Das Zentrum des Bundestags muß der Plenarsaal sein, und da müssen das Drum und Dran so sein, daß man dort gern hingeht, weil man weiß, man trifft einander auch, meine Damen und Herren."

Nicht ganz so krass wie Herr Nowottny und sein Kollege vom ZDF entschieden die Herren von der Presse die Frage, was das Volk zu interessieren hat und was nicht. Sie berichteten.

Darüber, daß Dr. Lammert von der CDU von seinem Platz aus sprach; darüber, daß Dr. Barzel, seines Zeichens Bundestagspräsident, den Abgeordneten im geplanten neuen „Hohen Hause" „Möglichkeiten für spontane Kontakte", Zeitungskauf usw. versprach, darüber, daß alle Abgeordneten das Hohelied der freien Rede sangen usw. Denn so etwas interessiert das Volk. Das wissen die Herren von der Presse.

Darüber, daß praktisch jeder zweite Abgeordnete feststellte, daß im Bundestag keine Entscheidungen fallen, sondern ganz woanders, berichtete die Presse nicht. Auch nicht darüber, daß keiner der Abgeordneten etwas dabei fand. Und natürlich berichtete die Presse auch nicht über die drei Redebeiträge von Grünen Abgeordneten, in denen gesagt wurde, daß das Parlament deshalb so ohnmächtig ist, weil die Wirtschaft so mächtig ist. Denn so etwas interessiert das Volk nicht.

Frauen im Bundestag — gleichberechtigt?

Frauen sind im Bundestag nicht nur eine verschwindende Minderheit. Sie haben außerdem — Hohes Haus hin, Hohes Haus her — genauso gegen den alltäglichen Sexismus zu kämpfen wie Frauen anderswo auch. Die Sozialdemokratin Schmidt in der Bundestagsdebatte:

„Ich darf hier als Zitate ein paar Zwischenrufe bringen, denen wir uns ausgesetzt sahen: ‚Zur Sache, Schätzchen!', ‚Sie sehen besser aus als sie reden!' — und weil's so lustig war, kam das gleich zweimal —, ‚Hat die aber eine spitze Nase!', ‚Küßchen, Küßchen' mußte sich eine Kollegin sagen lassen, als sie am Ende ihrer Rede eine Reihe von Petitionen einem Staatssekretär brachte ... wenn ein CDU-Minister einer Kollegin attestiert, der Zahn der Zeit nage ganz schön an ihr und das Ganze dann auch noch mit einem süffisanten ‚Gnädige Frau' verpackt, dann stelle ich hier fest, daß ich zwar eine Frau, aber ganz schön ungnädig bin. Wir wollen hier nämlich ernst genommen werden. Wir wollen, daß man sich politische auseinandersetzt. Es ist unerträglich, feststellen zu müssen, daß dann, wenn eine Frau hier ans Rednerpult geht, der Geräuschpegel ganz beträchtlich steigt und die Zurufe an Qualität abnehmen und an Quantität zunehmen."

Dagegen berichtete die Presse darüber, daß auch diese grünen Abgeordneten behaupteten, daß der Parlamentarismus das Fortschrittlichste sei, was es gebe. Denn so etwas wiederum interessiert das Volk.

Worum ging es denn nun bei dieser Debatte?

Im Grunde genommen um uns. Denn viele von uns, so stellte Dr. Barzel fest, *„sehen im Staat mehr die Regierung als das Parlament."* Das ist aber schlecht für uns. Denn: *„Wer das aber so sieht, meine Damen und Herren, der fühlt sich eben leicht ausgeschlossen, von oben regiert und fern von Mitwirkungsrechten."* Und vor allem: wer garantiert, daß es beim Fühlen bleibt, daß es nicht zum Denken oder gar zum Handeln kommt? Hinterher landen wir noch alle auf Revolutionsbarrikaden! Das wäre doch sehr schlecht — für Dr. Barzel und einige andere Herren. Also muß wieder glasklar werden: *„Der Deutsche Bundestag ist das Instrument des deutschen Volkes, durch das es einwirkt, regelt und bestimmt."* Was der Bundestag und jeder einzelne Abgeordnete dazu tun kann, daß sich solche staatserhaltenden Gefühle im Vok breiter machen — darum sollte es bei der Debatte über Stellung und Arbeit des Bundestages hauptsächlich gehen.

Und da waren sich fast alle fast in allem einig. Vor allem im Kampf gegen den Hauptschuldigen an der um sich greifenden Staatsverdrossenheit kannte der Bundestag an diesem Donnerstag praktisch keine Parteien mehr, sondern nur noch einen gemeinsamen Aufschrei der „geknechteten Abgeordnetenseele".

Also, was die Abgeordneten vom Fernsehen zu leiden haben, da macht sich der Wähler, der ja nur alle vier Jahre einmal in die Kabine gehen muß und nicht dauernd bei den Plenarsitzungen des Bundestages anwesend sein soll, kein Bild von. Hören wir hier nur den Abgeordneten Kuhlwein (SPD), von allen, außer den Grünen, mit großem Beifall bedacht: *„Ich meine das in vielen Medien transportierte Bild des Parlaments, das viel zu teuer sei, in dem graue Mäuse nur ihren Lobbyistenverpflichtungen nachgingen oder im Restaurant herumlungerten, statt im Plenum zu sitzen. Ich möchte davor warnen, dies an die Adresse meiner Kolleginnen und Kollegen von Journalisten, solche* ***Vorurteile*** *zu fördern. Solche Vorurteile könnten in der Bundesrepublik immer noch als antiparlamentarische Saat aufgehen."*

Der freie Abgeordnete

Dr. Warrikoff (CDU/CSU) in der Debatte:

„Natürlich kann man überhaupt nicht vermeiden, daß Kolleginnen und Kollegen nicht zuhören. Es gehört zum Recht des freien Abgeordneten, nicht zuzuhören. Aber ich wäre dankbar, wenn wir uns entschließen könnten, Demonstrationen der Gleichgültigkeit zu unterlassen. Diese Demonstration liegt z. B. vor, wenn jemand eine sehr große Zeitung liest. Wenn man eine kleine Zeitung liest, geht es noch. Aber wenn man eine ganz große Zeitung liest und sie so weit ausbreitet, daß auch der Nachbar dahinter verschwindet, dann ist das nicht schön."

Wie gut, daß es im Bundestag auch Akademiker gibt!

Diese Gefahr, die für die parlamentarische Demokratie von den Kameraleuten des Fernsehens ausgeht, die partout nie nur die 20, 30 gefüllten, sondern immer auch die 400 leeren Bänke filmen müssen, hat man in England übgrigens besser erkannt. Dort sind Fernsehübertragungen nämlich verboten — mit der offiziellen Begründung, daß die Öffentlichkeit sonst auf die geringe Präsenz der Abgeordneten aufmerksam werden könnte.

Nur einer gab nicht nur dem Fernsehen die Schuld — der Abgeordnete Schwarz (CDU/CSU). Er sieht das Grundübel woanders — in der Präsenzpflicht (Anwesenheitspflicht — RM). Schwarz wörtlich: *„Präsenzpflicht haben wir in Moskau, in Ost-Berlin, in Warschau. Da gehört sich das so. Aber in den freien Parlamenten der Welt ... ist nicht die Frage, ob da zehn oder hundert Kollegen sitzen. Da lautet die Frage: Was ist das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen?"*

Aber Fernsehen, so der Abgeordnete Langner (CDU/CSU), *„ist überhaupt ein Problem."* Warum? *„Weil nur Ausschnitte gesendet werden."* Und es ist natürlich ein echtes Problem der parlamentarischen Demokratie, ob man diese verantwortungsvolle Aufgabe der Auswahl der Ausschnitte wirklich den Kameraleuten des Fernsehens überlassen soll — mit ihrer Vorliebe für leere Bänke, zeitungslesende Abgeordnete oder eben Abgeordnete der falschen Fraktion. Dr. Langner meint, daß andere hier berufener wären und hat auch gleich einen praktischen Vorschlag zu machen, wie die Abgeordneten selbst dazu beitragen könnten, das Bild des Parlaments in der Öffentlichkeit zu verbessern: *„Wichtig wäre nämlich, daß wir hier im Plenum bildschnittfähige Szenen entstehen lassen, die nach draußen gehen."*

Das Abgeordnetenhaus also als Schauspielbühne? Wenn man sich anhört, was die Abgeordneten quer durch die Fraktionen sonst noch so vorzuschlagen haben, um ihre Debatten „lebendiger" zu gestalten — frei zu reden, kürzer zu reden, mehr zu lachen — drängt sich in der Tat der Gedanke auf, daß es ausschließlich darum geht, etwas besser in Szene zu setzen.

Was besser in Szene gesetzt werden soll, sind die Entscheidungen, die eben nicht im Bundestag, sondern ganz woanders fallen. Dazu die Abgeordnete Dr. Hartenstein (SPD): *„Natürlich müssen klare Entscheidungen fallen. Sie fallen in den Fraktionen und in den Ausschüssen. Sie müssen auch vertreten werden. Sie müssen auch durchgehalten werden."* Und da hat der Bundestag nicht dazwischen zu reden. Aber: *„Das steht keineswegs im Widerspruch zu der Forderung, auch im Plenum mehr Vielfalt zu zeigen, die Aspekte und Positionen offenkundiger zu machen als die heute geschieht."*

Was die Abgeordente Dr. Hartenstein hier etwas verschämt andeutet — daß der Bundestag zwar nichts zu sagen hat, aber trotzdem vernehmlicher reden soll — bringt ein anderer Abgeordneter ohne Umschweife auf den Punkt. Der Abgeordnete Eylmann (CDU/CSU): *„Wir können nicht ändern, daß die politischen Entscheidungen nicht im Plenum fallen. Sie fallen in den Präsidien der Parteien, sie fallen in den Ausschüssen, in den Arbeitskreisen, in den Fraktionssitzungen. Das ist im Grunde von den Schöpfern des Grundgesetzes auch so gewollt. Denn sonst wären die Diskussionen hier nicht öffentlich.* (!)

Wir sind da — das ist schon gesagt worden — in der Tat das Schaufenster. Wir sind — das ist ebenfalls schon gesagt worden — so etwas wie ein öffentliches Notariat. Ich würde allerdings das Bild vorziehen, daß wir hier ein Schauspiel aufführen ...

Wenn das aber ein Schauspiel ist, dann müssen wir sehen, wie wir dieses ***Staatsschauspiel*** (Unterstreichung im Original — RM) *so interessant machen, daß die Bänke nicht leer sind."*

Wie sagte Dr. Barzel doch? *„Der Bundestag ist das Instrument des deutschen Volkes, durch das es einwirkt, regelt und bestimmt."* Die, die drinsitzen, die Abgeordneten, glauben das offenkundig nicht. Und sie müßten es doch eigentlich wissen, oder? Und sie glauben es nicht nur nicht. Sie finden — und hier ist der Abgeordente Eylmann beileibe keine Ausnahme — auch nichts dabei, daß es so ist.

Warum sollten sie auch? Schließlich leben sie als Staatsschauspieler nicht schlecht. Und im Unterschied zu ihren nichtgewählten Berufskollegen bekommen sie ihre fürstliche Gage auch dann, wenn sie nicht auf der Bühne stehen oder als Statisten die Ränge füllen, sondern auch dann, wenn sie die Vorführung des „Hohen Hauses" über die hausinterne Fernsehübertragung verfolgen ...

Es gibt Dramatik ...

Die Abgeordnete Geiger (CDU/CSU) verspricht sich von der geplanten Unterbringung des Bundestages in einem anderen Gebäude, Wasserwerk genannt, einiges. Frau Geiger in der Debatte:

„Deshalb begrüße ich es sehr, daß wir in das sogenannte Wasserwerk umziehen werden. Das wird ja sehr viel kleiner und intimer sein. Ich finde es sogar gut, wenn dort nicht alle Abgeordneten einen Sitzplatz bekommen.

Ich habe ein Beispiel: Im englichen Abgeordnetenhaus gibt es 635 Abgeordnete, aber nur Sitzgelegenheiten für 437 Menschen. Was hat das für einen Vorteil?

(Reents, Grüne): Daß einige auf dem Schoß sitzen müssen!

Wenn was los ist, rennt alles, es drängt sich, es wird spannend darin, es gibt Dramatik. Was ist bei uns, selbst wenn die Hälfte da ist, ist es immer noch kalt und gähnend leer. Da bin ich wirklich froh — und ich danke dafür, daß das möglich wird — daß wir einen neuen Parlamentssaal kriegen."

(Stenogr. Protokoll d. Bundestagsdebatte)

Bundestag, Regierung und die Mächtigen im Staate

Gab es also gar keine kritischen Stimmen in dieser Debatte über Stellung und Arbeit des Bundestages? Doch. Denn selbst Abgeordneten, die grundsätzlich bejahen, daß die Entscheidungen nicht im Bundestag, sondern woanders fallen, geht es hin und wieder gegen den Strich, wie die Regierung, die ja eigentliche Exekutive, ausführendes Organ sein soll, dem Bundestag, der ja eigentlich Legislative, gesetzgebendes und die Regierung kontrollierendes Organ sein soll, über den Mund führt. Und einige wenige Abgeordnete — von den Grünen — ließen eben auch durchblicken, daß „woanders", wo die Entscheidungen fallen, von einem „Einwirken, Regeln und Bestimmen" des Volkes erst recht keine Rede sein kann. Die „woanders" einwirken, regeln und bestimmen, sind die wirtschaftlich Mächtigen in diesem Staat. Auf diese Fragen werden in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen" eingehen.

(Alle Zitate aus dem stenographischen Protokoll der Bundestagsdebatte)

Am 27. Mai 1984 gab die MAP-ML im Rahmen der an mehreren Orten Nicaraguas parallel durchgeführten Veranstaltungen zum Gedenken der im Befreiungskampf gefallenen Kämpfer der MAP-ML ihr Aktionsprogramm zur Verteidigung der Revolution bekannt.

AKTIONSPROGRAMM ZUR VERTEIDIGUNG DER REVOLUTION

„Vor der Durchführung der angekündigten und durch entsprecehnde Gesetze (Parteiengesetz, Wahlgesetz) eingeleiteten Wahlen im November, müssen dringend Entscheidungen und Maßnahmen getroffen werden, die die Folgen der Krise und der imperialistischen Aggression für die Bevölkerung lindern.

Ziel dieser Maßnahmen muß es sein, das Leiden und die Probleme der Bevölkerung zu mildern und die Wahlen in eine politische und moralische Niederlage für die Bourgeoisie zu verwandeln. Wir sprechen deshalb von einer politischen und moralischen Niederlage der Bourgeoisie, weil die Reaktion, auch wenn sie an den Wahlurnen geschlagen wird, ihre Angriffe, ihre Sabotageakte, ihre Blockaden gegen das nicaraguanische Volk nicht aufgeben wird.

Wir rufen die Werktätigen Nicaraguas, besonders die Arbeiterklasse, auf, sich am Kampf für einen **Plan de Emergencia para la Defensa del Proceso revolucionario** (Notstandsplan zur Verteidigung des revolutionären Prozesses) zu beteiligen, ein Aktionsprogramm, das sofort in die Praxis umgesetzt werden muß.

Dieses Aktionsprogramm hat folgende Ziele:

1. Verbesserung der verschiedenen Ebenen und Maßnahmen zur Verteidigung der Revolution und der Situation der breiten Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus.

2. Gewährleistung der aktiven und klassenkämpferischen Einbeziehung des Proletariats in die Verteidigung und in die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses, um zu verhindern, daß der von der Regierung vorgegebene institutionalisierte Rahmen, eine Einschränkung revolutionärer Aktionen bedeutet.

3. Stärkung der revolutionären Kräfte, um die Defensive, in der sich die Revolution befindet, in eine Offensive gegen die Feinde der Revolution zu verwandeln.

Wir schlagen folgende konkrete Maßnahmen und Schritte vor:

Im wirtschaftlichen Bereich:

1. Zeitlich unbefristete Aufhebung der wirtschaftlichen und finanziellen Anreize und Subventionen für die großen Privatunternehmen (Gran Produccion Privada). Die so zur Verfügung stehenden Mittel werden zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung der Revolution und der nationalen territorialen Integrität eingesetzt. Gleichzeitig beinhaltet diese Maßnahme einen der effektivsten Schritte im Kampf gegen die Inflation und die Spekulation mit den Grundnahrungsmitteln der Bevölkerung.

2. Reform der Steuerpolitik mit dem Ziel den Umfang und Anteil der indirekten Steuern (die vor allem zu Lasten der breiten Massen gehen — d. Übersetzer) so zu reduzieren, daß die Bourgeoisie keine Möglichkeiten hat, mit ihren durch Ausbeutung der Werktätigen erzielten Profite zu spekulieren.

3. Aufhebung der Garantiepreise für die Exportprodukte der großen Privatproduktion.

4. Aufhebung der „Eigentums-Garantie" für die Großgrundbesitzer[1] (titulos de inafectabilidad de tierras). Der private Großgrundbesitz, der aufgrund seiner Bodenbeschaffenheit für die Durchsetzung des Plans zur Nahrungsmittel-Selbstversorgung genutzt werden kann, muß dem Staat und den Bauernkooperativen aufgrund des bestehenden nationalen und öffentlichen Interesses und Nutzen, zur Verfügung gestellt werden.

5. Aktivere Beteiligung der Bewohner der einzelnen Stadtteile an der Verteilung und dem Verbrauch der Grundnahrungsmittel und anderer Gebrauchsgüter, durch die CDS (sandinistische Verteidigungskomitees) oder durch neu zu schaffende Organisationsformen.

6. Sofortige Anhebung der Löhne für die Sektoren mit den niedrigsten Einkommen, entsprechend der Inflationsrate. Sofortige Anhebung des Minimallohnes nach denselben Kriterien. Entwicklung einer gleitenden Lohnskala, d.h. regelmäßige Anhebung der Löhne entsprechend den Preissteigerungen der wichtigsten Gebrauchsgüter, zumindest jedoch automatische Lohnerhöhungen alle vier Monate.

7. Verstaatlichung des öffentlichen Transportsystems in Managua, d.h. Aufhebung der bisherigen Praxis, daß die mit Steuergeldern importierten Busse den privaten Transportunternehmern vermietet werden mit der Möglichkeit, diese Busse zu kaufen. Da die privaten Transportunternehmer letztlich die Busse nicht kaufen, gehen die Abschreibungskosten zu Lasten der Werktätigen.

8. Nicht-Anerkennung der bis zum 19. Juli 1979 (d.h. unterm Somoza-Regime — d. Übersetzer) gemachten Auslandsschulden. D.h. keine Rückzahlung der Verschuldungssumme, keine Zahlung von Zinsen für diese Kredite, die nur dazu dienten, Somoza und seine Anhänger zu bereichern. Diese Gelder werden noch heute gegen das nicaraguanische Volk eingesetzt, in Form von Finanzierung und Unterstützung der Contra. Das nicaraguanische Volk hat keinen Grund für Gelder zu bezahlen, die die Somoza-Diktatur beinahe 50 Jahre lang raubte und gegen das Volk einsetzte.

Maßnahmen im politischen Bereich:

1. Agitation und Mobilisierung für eine Versammlung der Repräsentanten der Gewerkschaften, Bauern, Soldaten, Milizen, Stadtteilbewohner: die **Asamblea Popular.** D.h. eine Versammlung derjenigen, die in der Produktion und der Verteidigung arbeiten, den einzigen, die

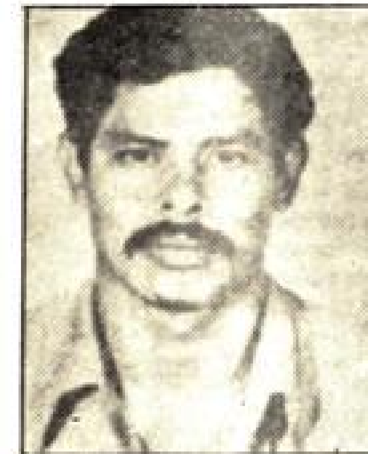


Isidro Tellez, Präsidentschaftskandidat der MAP-ML vor dem Büro der Partei in Managua

HOMENAJE A HEROES

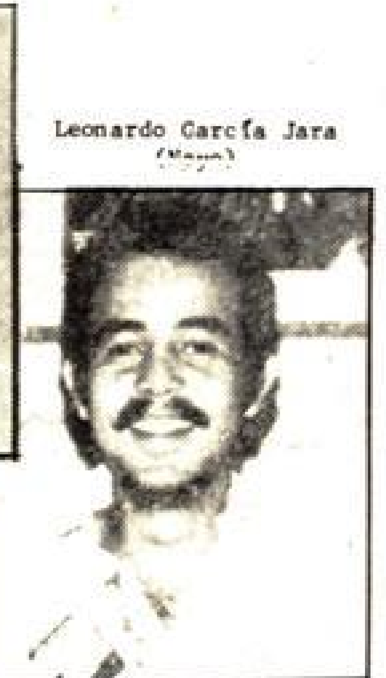
MARXISTAS-LENINISTAS CAIDOS

EN LA LUCHA ANTI SOMOCISTA

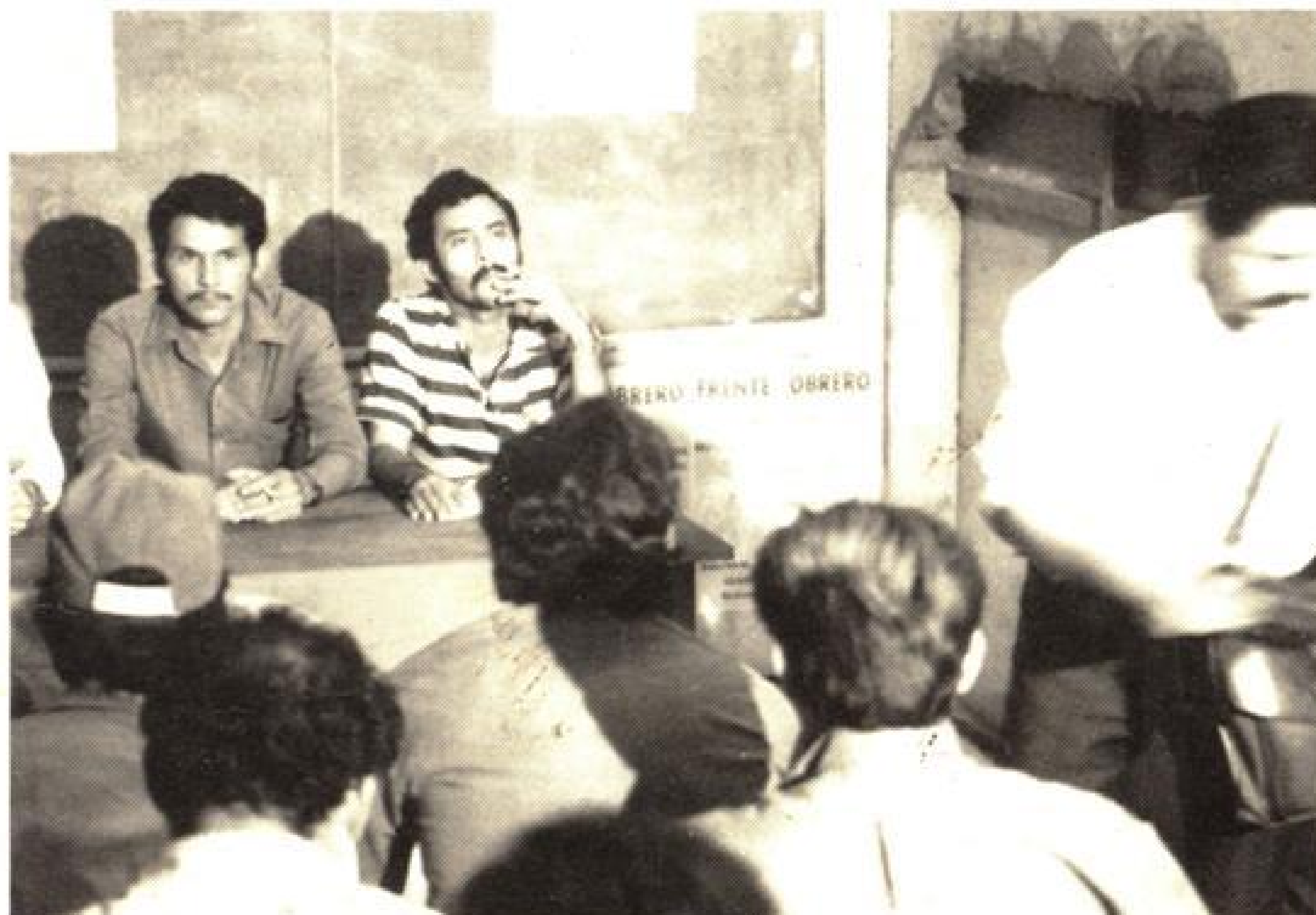


Hernaldo Herrera Téllez (Julio)

Leonardo García Jara



En la lucha contra el somocismo, el proletariado comunista de Nicaragua conquistó sus derechos a punta de bala y sangre de camaradas, como Hernaldo Herrera Téllez y Leonardo García Jara, jefes de la Revolución Proletaria en Nicaragua.



Pressekonferenz der MAP-ML zur Vorstellung ihrer Kandidaten. In der Mitte Isidro Tellez, der auch in der angesehenen Tageszeitung „Nuevo Diario" als Arbeiterführer vorgestellt wurde.

SPENDENSAMMLUNG DER KJD
5000 DM für die revolutionäre Presse in Nicaragua

CERO VOTOS PARA LA BURGUESIA BALAS PARA EL IMPERIALISMO!

(Keine Stimme für die Bourgeoisie, Kugeln für den Imperialismus!)

... mit dieser Parole beteiligt sich die MAP-ML am Wahlkampf und an den am 4. November stattfindenden Wahlen in Nicaragua.

Ihr Eingreifen ist Teil des Kampfes gegen die Offensive der nationalen Reaktion und des Imperialismus und seiner Söldnerbanden. Es ist Teil des tagtäglichen, praktischen und politisch-ideologischen Kampfes.

Die revolutionäre Presse, die Plakate, Flugblätter, die Veröffentlichung des Wahl- und Aktionsprogramms sind neben den Kundgebungen, Versammlungen, den Radio- und Fernsehsendungen, die wichtigsten Formen der MAP-ML, um ihre Positionen und Forderungen bekannter zu machen.

Trotz der staatlichen Wahlkampffinanzierung wird die revolutionäre Propaganda erschwert: es fehlt an Ersatzteilen für die Druckmaschinen (das Durchbrennen einer kleinen Birne kann dazu führen, daß bestimmte Druckarbeiten überhaupt nicht mehr gemacht werden können). Die Zuteilung von Druckmaterialien ist rationiert: es fehlt an Fotomaterial, Druckfarben, Druckplatten usw. Die Druckmaschinen der Genossen sind veraltet, störanfällig, langsam.

Als Ausdruck unserer praktischen Solidarität mit dem Kampf der nicaraguanischen Genossen der MAP-ML haben wir eine Spendenkampagne beschlossen:
5000 MARK FÜR DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE UND PROPAGANDA DER MAP-ML.

In Absprache mit den nicaraguanischen Genossen werden wir von dem gespendeten Geld hier die benötigten Materialien besorgen und für ihre sofortige Weiterleitung nach Nicaragua sorgen.

Spenden auf das Pschk 13456-464, KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Stichwort „revolutionäre Presse".

sich aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen über die gegenwärige Situation und Probleme äußern und die Entscheidung treffen können, ob sie zu Zugeständnissen und Kompromissen mit ihren Feinden bereit sind. Die Asemblea popular müßte die nationale Lage und die Forderungen der Basis diskutieren und Antworten und Maßnahmen zur Verteidigung in den Betrieben und Stadtteilen.

3. Aufhebung der Pressezensur[2] für die Publikationen der A. beiter und der Werktätigen. Politische und materielle Garantien für die Rede- und Pressefreiheit der Arbeiter. Mobilisierung und ideologischer Kampf gegen die proimperialistischen und probürgerlichen Medien.



Juan Alberto Hernandez, Vizepräsidentschaftskandidat der MAP-ML wird während der offiziellen Einschreibung der Kandidaten der MAP-ML vor dem obersten Wahlrat von einem Genossen von Radio Sandino interviewt. Etwas verdeckt, rechts Isidro Tellez.

der Revolution angesichts der Krise und der imperialistischen Aggression entwickeln. Die Delegierten müßten frei und demokratisch gewählt werden und jederzeit durch die Basis absetzbar sein. Diese Versammlung beinhaltete eine kontinuierliche Ausübung der Demokratie — und nicht nur alle 6 Jahre — durch die tägliche Beteiligung des Volkes über seine Basisorganisationen. Diese Versammlung stellt vorerst nicht den vorgegebenen institutionalisierten Rahmen in Frage, ähnlich wie die Coordinadora Sindical de Nicaragua (die Gewerkschaftliche Koordination Nicaraguas) die sich versammelt, organisiert, handelt, bestimmte Aufgaben der Arbeiterbewegung durchführt — alles in gewisser Weise neben dem Staatsrat. Es geht darum, die breite Beteiligung der Bevölkerung im Rahmen einer solchen Versammlung zu organisieren, auf der Grundlage der Basisorganisationen und kontrolliert durch diese.

2. Stärkung der Volksmilizen, der revolutionären Wachsamkeit (vigilancia sind die auf Stadtteil- und Betriebsebene organisierten Nachtwachen zur Verhinderung von Anschlägen und Sabotage akten — d. Übersetzer) und der Zivilverteidigung. Dezentralisierung der Waffenlager entsprechend den Kommandostellen der Milizen

4. Entwicklung einer tatsächlichen und effektiven Arbeiterkontrolle. Entwicklung eines neuen Arbeitsrechts auf der Grundlage breiter allgemeiner Diskussion an der Basis, Abschaffung der repressiven Gesetze und Bestimmungen aus der Somoza-Diktatur, die noch heute die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern regeln.

5. Praktizierung und Respektierung der Praktizierung des proletarischen Internationalismus.

---

[1]Nach dem 1981 verabschiedeten Gesetz über die Agrarreform wird der Großgrundbesitz an sich durch die Bestimmung garantiert, daß niemals die Größe der Ländereien Kriterium für die Enteignung sein darf. Jeder Großgrundbesitzer, der sein Land „effizient bearbeitet, (unabhängig ob durch Einsatz von Maschinen oder durch die Ausbeutung von Landarbeitern — d. Übersetzer) erhält die notwendige Unterstützung, um die Produktion zu steigern.“ (Reforma Agraria in: El Amanecer de Nicaragua. Hrsg. Instituto de Información de Centroamérica y del Caribe. Managua 1983, S. 33).

[2]Am 19.7.1984 gab Daniel Ortega die Aufhebung der Pressezensur bis auf den Bereich der Berichterstattung über militärische Fragen bekannt.

Jubiläumsangebot



Aus Anlaß des 5. Jahrestags der nicaraguanischen Revolution bietet der RM-Verlag an: Das Solidaritätspaket Nicaragua: es enthält das RM-Taschenbuch „Brennpunkt Zentralamerika“ (190 Seiten) und drei Plakate aus Nicaragua (DIN A 2). **Alles zusammen zum Superpreis von nur 15,— DM.**

Bestellungen an: Verlag RM, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

(Einzelpreise: RM-Taschenbuch: 11,80 DM, Plakat pro Stück 2,— DM, Einzelplakat 3,— DM incl. Versandkosten).

Fortsetzung von Seite 1

Bericht zur Friedensaktionswoche in Osthessen vom 22. —29. 9. 84





„Die AirLand-Battle-Strategie ist das Resultat der offensiven US-Außenpolitik ... Deshalb befinden wir uns im Übergang von der Anti-Raketen-Bewegung zur Antikriegsbewegung“ erklärte Alfred Mechtersheimer (ehemaliger Bundeswehroffizier und rausgeworfenes CSU-Mitglied) als einer der Redner der Abschlußkundgebung. Er prangerte die USA als „... Besatzungsmacht an, die nicht Ordnung schafft (was auch immer Herr Mechtersheimer unter Ordnung versteht), sondern die sich des besetzten Landes als Aufmarschplatz bedient.“ Es müsse auch geprüft werden, wie sich die Bundeswehr angesichts dieser US-Strategie verhält. „Macht sie sich lediglich zum Wurmfortsatz der US-Armee, so müssen wir sie ebenfalls ablehnen.“ Ein Redner des DGB betonte die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes aller gegen Rüstung und Sozialabbau.

Leider endeten trotz solcher positiver Aspekte in ihren Beiträgen alle Redner mit mehr oder weniger frommen Wünschen und Forderungen wie „Schluß mit dem Wettrüsten“, „Zurücknahme der AirLand-Battle-Strategie“ etc.

Etwas klarer wurden die Zusammenhänge bei der Zwischenkundgebung in Grebenhain benannt. Vertreter der Osthessischen Friedensinitiativen und des Internationalen Friedenscamps legten dar, wie sie aus eigener Betroffenheit (wohnen in der Gegend) begonnen hatten, sich mit Kriegskonzepten wie Rogers-Plan und AirLand-Battle etc. zu beschäftigen. Dabei hatten sie erkannt, daß gerade solche Blitzkriegskonzepte der NATO einen Krieg gewinnbarer machen und damit die Gefahr eines Krieges vergrößern.

Interessant war auch der Beitrag einer Frau aus Nicaragua, die betonte, daß ihrem Volk der Krieg von dem US-Imperialismus aufgezwungen wird. „Unser Volk ist friedliebend, aber es will keinen Frieden in Unterwerfung unter die USA, sondern einen würdevollen Frieden — darum sind wir gezwungen, uns mit Waffen zu verteidigen!“ Durch ihre engagierte Rede wurden sicher viele pazifistische „Waffen-an-sich-Gegner“ zum Nachdenken angeregt.

Aktionen der Friedenscamper

Von den Friedenscamps, zu denen z. B. in Fulda ca. 300, in Grebenhain 200 gekommen waren, gingen während der Aktionswoche zahlreiche Aktivitäten aus, die zum Teil recht phantasievoll und wirkungsvoll waren. Jede Menge Sprengschächte wurden zubetoniert und/oder mit Farbe gekennzeichnet, Panzer und Raketen mit viel Farbe „enttarnt“ — manche gingen auch kaputt. Eine Gruppe vom Fulda-Camp durchbrach den Zaun der Down-Baracks bei Fulda und begann das Gelände umzupflügen. Hintergrund der Aktion: Das Gelände war vor Jahren



einem Bauern dieser Gegend weggenommen worden. Der gleiche Bauer hatte jetzt dem Camp seine Wiese zur Verfügung gestellt.

Überhaupt stießen die Friedenscamper trotz Dregger-Hochburg Fuld immer wieder auch auf Unterstützung und Sympatie der Bevölkerung, die schließlich auch ganz froh war, daß wegen der angekündigten Friedensaktionen das geplante Herbstmanöver nicht in ihrer Gegend stattfand.

Bei einer anderen Aktion wurde von ca. 50 Leuten eine Dorfruine auf einem militärischen Übungsgelände für drei Stunden zum Leben wiedererweckt: Sie begannen Häuser wieder aufzubauen, markierten mit Pappschildern symbolisch ehemalige Bäckerei, Schule etc.

Schüsse auf Demonstranten

Wie bei den meisten anderen Aktionen griff die Polizei irgendwann ein, nahm alle Demonstranten vorläufig fest zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Sie haben jetzt alle mit Strafanzeigen zu rechnen. Damit soll die Friedensbewegung kriminalisiert und eingeschüchtert werden. Aber das genügt der Polizei offenbar nicht einmal: In Hanau fielen am Dienstag den 25.9. die ersten Schüsse der Polizei auf Friedensdemonstranten. Bei einer Aktion vor und auf dem Gelände der Firma ALKEM (stellt Brennelemente her und hat einen großen Plutoniumbunker) wurde ein Polizeiwagen von Demonstranten umringt. Die Polizisten „fühlten sich bedroht“, gerieten in Panik und schossen mehrmals. Verletzt wurde zum Glück niemand. Über den genauen Ablauf dieses Vorfalles und die Einschätzung der „Bedrohung“ gibt es unterschiedliche Schilderungen von Polizei und Demonstranten. Wer aber weiß, wie die Stimmung der Polizisten vor ihren Einsätzen durch Filme etc. aufgeheizt wird, kann sich leicht vorstellen, wie schnell sich da einer „bedroht“ fühlen kann.

Geradezu makaber klang dann die Kritik der US-Befehlshaber gegen Ende der Aktionswoche: Sie fühlten sich vom hessischen Innenminister und der Polizei nicht genügend „geschützt“. Sogleich zogen sie auch die Konsequenz: Ab Sam-Samstag wurde den US-Truppen Schießbefel erteilt: „Bei Übergriffen auf militärische Einrichtungen kann auch von Schußwaffen Gebrauch gemacht werden.“ Gerade diese scharfe Reaktion der US-Befehlshaber auf die Friedensaktionen in Osthessen zeigt, daß hier ein empfindlicher Punkt berührt wurde. Solange nur Waffen an sich, Raketenstationierung allgemein kritisiert werden, läßt sich damit noch leben. Aber hier hat sich eine ganze Region, hat sich ein Teil der Friedensbewegung direkt mit den Angriffs- und Erstschlagskonzepten der USA und NATO beschäftigt und dabei mehr und mehr begriffen, daß die Gefahr von einer bestimmten Politik und nicht einfach von den Waffen ausgeht. Eine gute Basis, so meine ich, um auch die Frage der NATO-Mitgliedschaft und Rolle der BRD weiter zu diskutieren. Die Partei hat ihren Beitrag zu dieser Diskussion geleistet mit einer Veranstaltung in Hanau, einem Stand in Fulda und dem Verteilen von „Blindzeitungen“, die wie immer auf großes Interesse gestoßen sind.

Zum Schluß sei noch eine kleine Aktion erwähnt, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Gesinnung der frommen Kirchenoberhäupter wirft: Vergangene Woche tagte in Fulda die Bischofskonferenz. Beim Abschlußsegen „Gehet hin in Frieden“ eines großen Gottesdienstes entrollten Demonstranten schweigend ein Transparent mit der Schrift: „Gott vertrauen — nicht den Raketen“. Eine Parole, die eigentlich jeden frommen Christen begeistern müßte. Nicht so allerdings die Kirchenfürsten und ihre Anhänger in Fulda: Sie gerieten in helle Aufruhr, stürzten sich auf die Demonstranten und rissen das Transparent runter. Woraus wir doch nur schließen können, daß die heilige Kirche wohl doch eher den Rakten als Gott traut, um ihre Interessen zu sichern.





'84 ist bald vorbei . . .

TASCHENKALENDER — damit ihr auch 1985 auf dem laufenden seid. Ab jetzt, vorweihnachtlich und in großer Auswahl, auch zu beziehen über den RM Verlag.

Roter Kalender 1985 — gegen den grauen Alltag

aus dem Rotbuch Verlag. Radikales, Spontihaftes, Lustiges und Beiträge zum Thema: Utopien. 6,—DM, Bestell-Nr. 1

Wir Frauen '85



Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative. Mit vielen Informationen und Tips zur Frauenarbeit. 8,50DM, Bestell-Nr. 2

Frauenkalender 85

Feministisches Adress- und Handbuch. emma-nahe. 9,50DM, Bestell-Nr. 3

3x Friedenskalender:

Alle Friedenskalender bringen natürlich eine Menge Informationen aus der Friedensbewegung, Beiträge zu aktuellen Themen, Fotos usw.

Friedenskalender '85



Am Kalender mitgearbeitet haben u.a. Hans Decruppe, Jo Leinen, Frank Schwalba-Hoth, Klaus Vack. 7,80DM, Bestell-Nr. 4

Frieden '85

Lamuv Verlag. 9,50DM, Bestell-Nr. 5

Kalender gegen den Krieg



Herausgegeben von Herbert Meyer und Bernd Weidmann. 8,—DM, Bestell-Nr. 3

Dritte-Welt-Kalender '85

Lamuv Verlag. Herausgegeben von Arbeitsgruppen aus der Schweiz, Österreich und der BRD. 9,50DM, Bestell-Nr. 7

Anti-AKW-Kalender

Erscheint zum achten Mal. Mit Berichten vom Widerstand gegen Atompolitik und Atomstaat. 7,—DM, Bestell-Nr. 8

Roter Faden '85

mit Beiträgen von Dietrich Kittner, Peter Schütt u.a. DKP-nahe. Weltkreis Verlag, Bestell-Nr. 9

Literatur Taschenkalender



aus dem Lamuv Verlag. 9,50DM, Bestell-Nr. 10

Rock Kalender '85

Elefanten Press. 9,80DM, Bestell-Nr. 11

Abreißkalender

Frauen in Lateinamerika

Fotokalender mit 12 farbigen Fotos (ca. 12x17). Nicht gedruckt, sondern im Original eingeklebt. RM Verlag. 20,—DM, Bestell-Nr. 12

Karikatoon 1985

von Elefanten Press. Eine Satire-Anthologie für 365 Tage. 19,80DM, Bestell-Nr. 13

Picasso-Kinder



Elefanten Press. DIN A 3, 12 farbige Abbildungen. 24,80DM, Bestell-Nr. 14

Frauen Kalender

mit 13 Kartoons von Franziska Becker. DIN A 3. emma Verlag. Ca. 22,—DM, Bestell-Nr. 15

Also, entschließt euch schnell, welchen oder welche ihr braucht für euch selbst und zum Verschenken. Bestellt jetzt gleich, bis zum 31. 10. Auslieferung erfolgt ab 15. November. Wie immer alle Preise zuzüglich Porto. Rabatte für Buchhandlungen geben wir nicht.



JANUAR
JANUARY JANVIER

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
								1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31			

Fotokalender: Frauen in Lateinamerika. Siehe Bestell-Nr. 12

Das RM Abo zum halben Preis!

SONDERAKTION

NUR 30 DM für ein Jahr RM

BIS 31.10.84:

Ich abonniere den RM für
○ 1 Jahr (30 DM) 1/2 Jahr (15 DM)
○ Ich schicke Verrechnungsscheck
○ Ich möchte Vorausrechnung

Name ....

Straße ....

PLZ/Ort ....

Einsenden an Verlag RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.